

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

15 (18.1.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-553654](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-553654)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat 2 Mk., für sechs Monate 10 Mk., für ein Jahr 18 Mk., monatlich 1,50 Mk., vierteljährig 4,50 Mk., für zwei Monate 3,00 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Interate die künftigealtene Stoppungelle oder deren Mann für die Inserenten in Nützlingen-Blättern u. Umgebungen, sowie der Filialen 15 Pfg. für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Willigen Inserenten aus kleineren als der Stoppungelle gefest werden, so werden sie auch nach dieser bestimmt. Stoppungelle 50 Pfg.

Redaktion und Haupt-Expedition in Vant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven.

Filiale in Heppens: Blumenstraße 21. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Vant, Mittwoch den 18. Januar 1911.

Nr. 15.

Die Reichsgründung.

(Zum 18. Januar.)

Vier Jahrzehnte nach der Kaiserproklamation zu Versailles hallt in den Reichsländern der Ruf: es lebe die Republik! Und als sinnige Halbgebilde für die Gedenktage legt die preussische Regierung dem Reich einen Verfallungs-entwurf für das eroberte Land vor, der es zu einer Kolonie Preußens macht, während vor vierzig Jahren nichts so sehr als großmütiger Akt preussischer Entlassung und Unheimlichkeit gefeiert wurde, als der Entschluß Bismarcks, Elb-Lothringen nicht für Preußen zu annektieren, sondern unter die Obhut des neuen Reichs zu stellen. Die Unfähigkeit Preußens, mit Gewalt gekaufte Länder sich innerlich anzupassen, erscheint nicht minder klar in der reichsländlichen Geschichte wie in der Entwicklung der polnischen Landbevölkerung oder der Nordmark. Selbst gegen den deutschen Süden drohen nach vierzigjähriger Angliederung noch preussische Junken öffentlich, mit Bajonetten dort Ordnung zu schaffen, und als Echo wird die populäre aller Lösung zurückgerufen: los von Preußen! Was England in wenigen Jahren gelungen ist, die in einem grausamen Krieg unterworfenen Büren mit seiner Herrschaft auszuführen, vermag Preußen in einem halben und ganzen Jahrhundert nicht innerhalb desselben Reichs zu erwirken. Niemals hat das Preuentum es verstanden, moralische Eroberungen zu machen.

Der Gedenktag des 18. Januar 1871 wird von den heute noch herrschenden Gewalten eben für gut genug gehalten, daß eine an den Opfern jener Zeiten, außer den kühnsten Veteranen, unbeteiligte Generation mit leerem Jubelgeschrei verurteilt, die gärende Volksmaße durch patriotische Wallungen abzulenken. Die Schicht des nationalen Feiertags ist seit vierzig Jahren nicht größer geworden. Vollzog sich schon der welgeschichtliche Akt selbst in dem wirren Gepolter und dem aufgeregten Jant einer höfischen Volks, so hat jedes Jahrzehnt die innere Lage der deutschen Reichseinigung zu noch verärflicher Empfindung gebracht. Dem deutschen Volk ist die längst fällige geschichtliche Notwendigkeit der nationalen Einigung in ihrer tiefsten Form befehlen worden. Kein vernünftiger Mensch wird heute jenen Akt rückgängig machen wollen und niemand wird bestreiten, daß die Reichsgründung dennoch ein Fortschritt gewesen ist. Aber zugleich ist heute die Überzeugung tiefer und weiter verbreitet als je, daß die innerliche Vervollendung der nationalen Einigung erst noch zu erringen ist. Die Bismarcksche Reichsgründung der konterrevolutionären Kaiserkrone sollte, nach dem Willen ihrer Urheber, das Ende der demokratischen Bewegung sein. Heute wissen wir, daß jene erfolgreiche Politik mit all dem Blut und dem müderlichen Eilen die Entwicklung nur gemannt hat. Der dürftige und eilige Rohbau der deutschen Reichsverfassung hat in den vierzig Jahren seiner Dauer nicht eine einzige Verbesserung, nicht in der gesetzlichen Rechtschöpfung und auch nicht in der praktischen Übung, erfahren. Diese Verfassung ertrug keine Verbesserung, weil jeder Versuch die vom deutschen Volke noch nicht einmal begonnenen Verfallungskämpfe um die wirkliche nationale Selbstbestimmung entzweit haben würde. Und wieder ist es eine anmutige Einlösung für den Kaiserstag von Versailles, daß die einzige durchgreifende Änderung der Reichsverfassung, die eben jetzt unternommen werden soll, eine Zerteilung der deutschen Einheit und einen Rückfall um ein Jahrhundert bringen soll: die Wiederbelebung der Bismarckschen Verfallung!

Was wir heute auf Grund der Berichte von Augenzeugen und Beteiligten über die Tage der Reichsgründung wissen, zerfällt aus den letzten Hauch eines heroischen Kampfes. In einer Serenitätsmuse, in der die Gespenster des achtzehnten Jahrhunderts tanzten, spielte sich der erhabene Akt ab. Höfische Intrigen, dynastische Rivalitäten, diplomatische Künste und Schwänke wirbeln durcheinander. Nirgend eine Spur echter nationaler Begeisterung und Hingebung. Im Hintergrund aber die blutige Tragödie zweier Völker, die gegeneinander getrieben werden, und mit den eigenen Händen der demokratischen Einheit Europas das Grab schäufeln müssen. Selbst die nationalen Diktatoren, die sich heute mit der Zeit der Reichsgründung wissenschaftlich beschäftigen, verbergen nicht die innere Enttäuschung und trösten sich im Hinblick der gehäufte Niederlagen und Widrigkeiten, mit der Bestätigung der Bismarckschen Genialität, mit der es ihm gelungen, seine Pläne zu erfüllen und zu erfüllen.

Spricht man nach diesen vier Jahrzehnten von Deutschland, so sagt man nicht Deutsches Reich, sondern Preußen-Deutschland, um zu bezeichnen, daß die deutsche Einheit nur eine preussische Einheit ist. Nichts anderes aber erreichte auch die Bismarcksche Politik. Der kaiserliche Absolutismus, den man heute befragt, ist nicht die zufällige Ausströmung einer monarchischen Verfallung, sondern er

wurzelt im tiefsten Weien der deutschen Reichsgründung und der deutschen Reichsverfassung. Die Träger des preussischen Absolutismus haben gewandelt — zwei Jahrzehnte war es ein Kanzler, die beiden folgenden ein Kaiser.

Das war das Problem der Bismarckschen Politik, deren Jahre bedenkenlose Geschicklichkeit zum Erfolg führte, deren Glück freilich nur durch die politische Bescheidenheit und Unterwürfigkeit des deutschen Bürgerturns möglich ward. Die kapitalistisch aufstrebende deutsche Bourgeoisie bedurfte für ihren wirtschaftlichen Zweck einer Art nationaler Einigung. Sie war unaussprechbar. Aber diese Bourgeoisie sollte politisch nicht herrschen dürfen. Und in der Verbindung der deutschen Staaten sollte Preußens Macht sich nicht verlieren, sondern verfestigen. Ein Bundesstaat ohne Gleichberechtigung der Bundesglieder, eine Verfassung ohne wirkliche parlamentarische Rechte, bürgerliche Wirtschaft unter unentgeltlich-agrarischer Vormundschaft, eine nationale Bewegung ohne Volk, liberale Entwicklung zur Ausrottung der Demokratie, ein Staatenbund unter absolutistischer Führung — das war die Aufgabe, und sie wurde gelöst. Wenn sich in dieses noch halb feudale Verfallungsweisen schließlich als Fremdkörper eine Art demokratischen Wahlrechts einschaltete, so war das durchaus nicht als Zugeländnis an die Demokratie gedacht, sondern als klassisches Mittel der Demagogie: Aus den Erfahrungen der Konfliktzeit hatte Bismarck das Dreiklassenwahlrecht und beschlagnahmt den „arteilelosen Pöbel“ mittels des demokratischen Wahlrechts gegen Herrschaftsgelüste der Bourgeoisie zu gebrauchen. Im Erlösung von diesem „größten Fehler Bismarcks“ stehen nach 40 Jahren alle Patrioten!

Wie Wilhelm I., so ist auch Bismarck im Grunde nie über die osteliche Brangenheit emporgekommen. Für die Interessen der hochzuheulenden Dynastie sorgte der eine, für die des preussischen Junkertums der andere; und beide trafen sich in der nie verlassenen Empfindung, daß der schreckliche Tag Preußens jener Märztag des Jahres 1848 gewesen sei, da die Berliner Garde die schwarz-rot-goldene Rotunde der deutschen Einheit trug und der preussische König das Aufgehen Preußens in Deutschland proklamierte. Der schwarz-weiß-rote 18. Januar 1871 sollte die endgültige Überwindung des schwarz-rot-goldenen 18. März 1848 sein. Die Reichsgründung von Versailles sollte das Aufgehen Deutschlands in Preußen vollenden!

Im Juni 1859 hielt der Prinzregent Wilhelm in Berlin an die zu den Militärkonferenzen der mitteldeutschen Staaten erschienenen Offiziere, diese grimmige Ansprache: „Es hat mich tief gekränkt, indem man meine Politik für seine offene Erklärung, mich gedrängt und sogar geistigt hat, ich wollte die preussische Armee gegen Deutschland führen. Gehen Sie nach Hause und schlagen Sie dem, der Ihnen dies sagt, eine ins Gesicht, in meinem Namen. Ich war es, der es mit Freuden begrüßt, daß endlich einmal etwas einheitliches geschehen soll und eine nationale Regierung sich fundiert. Aber dieser Entschlußmus ist in Lebermut ausgeartet, und ich halte es für meine Pflicht, demselben entgegenzutreten.“ Sieben Jahre darauf führte derselbe Wilhelm Preußen gegen Deutschland! Es war auch ganz aufrichtig gemeint, wenn Bismarck zu Beginn der Schleswig-Holsteinschen Katalstrophe, Ende 1863, zu dem Gefandten Napoleons, Grafen Fierro, äußerte: „Wieder sterben als unsere Beistungen in Polen in Fragen stellen lassen. Da würde ich wohl noch eher unsere rheinischen Provinzen abtreten!“ Die dynastische Vergrößerung Alt-Preußens beherrschte die Bismarcksche wie die Wilhelmische Politik.

Nicht aus nationaler Begeisterung hatten die süddeutschen Könige mobilisiert. Die Sorge um die eigene Existenz hatte sie getrieben. Schlossen sie sich Preußen nicht an, so wußten sie, daß ihnen im Falle des preussischen Sieges das Schicksal Hannovers und Kurheffens befehlen sein würde. Aber hatten sie von einer deutschen Einheit preussischer Art, auch wenn sie mit Preußen gingen, nicht ebenso viel zu fürchten? Das war jetzt die Angst bei der Reichsgründung. Die dynastische Selbstsucht hatte einen starken Rückhalt in dem Preußenhag der süddeutschen Bevölkerung, deren Mißtrauen durch all die ungetreue, aus dem Wellensfonds gelpelte Vred- und Stimmungsmache nicht weggelchwaht werden konnte. Eine kaiserliche Politik des Heilighens, des Verpredens, des Ueberlistens, des Täuschens und Drohens hab an, drang bis in den 18. Januar hinein, und endete auch nach der Proklamation nicht. Einige, die die Kaiserkrone nicht geben und ein König, der sie nicht nehmen wollte — das waren die Hängel jener Tage. Dem ersten Wilhelm mußte die Kaiserkrone fast gewaltsam auf das preussisch eigeninnige Haupt gefest werden, er wurde gleichsam über seinen Kopf hinweg gekrönt. Sein einziger Trost war, daß an dieser diktatorischen Krone kein Hauch eines volkstümlichen Ursprungs haftere, keine Gabe eines Parla-ments, war sie nicht aus dem „Strohghemus entliegen“.

wie die Frankfurter Krone von 1849. Für die süddeutschen Staaten, die von Bismarck kunstvoll isoliert und gegen- einander ausgepielt wurden, wollte es das Glück, daß der preussische Staatsmann in der bedrängten feierlichen, politischen und persönlichen Lage der damaligen Zeit sofort der Welt das Schauspiel eines „geeinigten Deutschlands“ bieten mußte. Dielem Ungefahr verdankt namentlich Bayern seine Reservatrechte. Der Kulturkampf, der bald darauf begann, war die Rache für diese Zugeländnisse und für den Widerstand des bayrischen Parlaments.

Als protestantische Kaiserkrone feierte der Liberalismus den neuen preussischen Ropschmud des 18. Januar. Die deutsche Einigung sollte ein strahlender Triumph über den jesuitischen und zugleich partikularistischen Geist des kirchlichen Südens sein. Nach vierzig Jahren steht die protestantische Kaiserkrone in der Schughülle einer prächtigen Rutte, und Rom betrachtet die deutsche Reichshauptstadt als das sicherste Wpl seiner überall verfolgten Herrschaft.

Bismarck aber empfand sein Werk als den endgültigen Sieg des reaktionären Preuentums über süddeutsche Demokratie und norddeutsches Fortschrittlerturn. Nach vierzig Jahren aber ruht die vom Bürgerturn verlassene Demokratie in den starken und unüberwindlichen Händen des Proletariats, das an diesem 18. Januar nicht an geschwinden Erinnerungen einer legendenhaften Reichsgründung zu schweigen braucht, weil es im Inneren von dem stürmischen Willen befeet, sein Reich sich schon zu schaffen.

Politische Rundschau.

Vant, 17. Januar.

Jugendhege.

Die Berliner Polizei, die in den fortgesetzten Arawall-projekten zum Ruhmesrang des letzten Gerichtsurteils immer neue Vorbeeren erntet, setzt jetzt ihre ordnungsgeltende Tätigkeit mit besonderem Eifer und Erfolg auf dem Gebiet der „Jugendpflege“ fort. Seit Wochen regnet es Klufchungen, Verbote, Stillierungen, Inhibierungen, Strafmandate und noch immer will der Segen kein Ende nehmen. So gelang es der Polizei am letzten Sonntag wieder einmal — r i in der Detektivromanprache zu sprechen — einen Hau-schlag zu tun und ein „gefährliches Keil“ auszunehmen. Sie drang in ein Lokal ein, in dem etwa 60 junge Arbeiter und Arbeiterinnen in friedlich-ordentlicher Belpredung oder Unterhaltung beisammen saßen, stellte die 37 (31 männlichen und 6 weiblichen) fest, daß sie das Alter von 18 Jahren noch nicht erreicht hatten, und erlittete gegen diese liebedürftigen Straßenzüge wegen Uebertretung der §§ 17 und 18 des Reichsvereinsgesetzes.

Man hat der Berliner Polizei in der letzten Zeit bittere Vorwürfe gemacht, daß sie sich den Mördern der Witwe Hoffmann gleichsam aus den Händen schlüpfen ließ und ihn trotz zahlreicher Indizien nicht auffinden kann. Nun hat die Polizei zwar diesen einen Verbreder noch immer nicht, dafür hat sie jetzt aber gleich 37 auf einmal erwisch! Ein neuer Ordensregen wird daher wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Nach allgemeinen, in der ganzen Welt anerkannten strafrechtlichen Grundlügen gilt Jugend als Grund der Strafausschließung oder doch der Strafmilderung. Von den 60 Personen, die in der Berliner Samariterstraße Nr. 11 verhaftet worden sind, sollen aber die 23, die über 18 Jahre alt sind, strafrei bleiben, die 37 unter 18 Jahren werden aber bestraft, weil sie noch nicht 18 Jahre alt sind. Daß ein Mensch bestraft werden kann, weil er noch nicht 18 Jahre alt ist, klingt einigermaßen unwahrscheinlich, und doch hat die Sache ihre Richtigkeit, denn nach dem neuen Reichsvereinsgesetz, das mit freilinniger Zustimmung im Reichstag angenommen wurde, wird ein junges Menschen-kind, das sich in einer wirtschaftlich oder bloß angeblich „politischen“ Verfallung bilden läßt, dafür mit Geldstrafe bis 150 Mk. bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt.

Man verlangt von den jungen Menschen vom begonnenen ersten bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, daß sie wissen, was politisch ist: eine Frage, über die 77jährige Juristen bestimmt sieben verschiedene Meinungen haben werden. Die jungen Leute müssen ihre Kenntnis aber befehen, ohne sich um Politik kümmern zu dürfen, sonst werden sie ja bestraft! Der Begriff der Politik muß in ihrem Geiste als angeborene Idee vorhanden sein. So will es das Gesetz, das mit Hilfe der Freilinnigen gemacht worden ist, zweifellos das geistreiche Gesetz, das in allen 40 Bänden des deutschen Reichsgesetzblattes zu finden ist, ein Gesetz, das wie geschaffen ist zur Beidigung des Scharfsinns der preussischen Polizei.

Wie sich dieser polizeiliche Scharfsinn beidigt, hat man in diesem neuesten Fall und in anderen vorausgesetzten

erlebt. Auch der Streit um den Begriff der Politik wird dabei auf die einfachste Weise gelöst: Politik ist, was der Regierung nicht gefällt. Keine Politik ist es zum Beispiel, wenn man die Hohenjollen sämtlich für Genies erklärt, Politik ist es aber zu behaupten, es seien auch einige Minderbegabte darunter gewesen. Keine Politik ist es, wenn man für den Militarismus bedingungslos Propaganda macht. Politik ist es, wenn man die kulturellen Schattenseiten dieser Institution nicht ganz übersehen. Keine Politik ist es, wenn man die jungen Leute für gelbe Streifenmacher vereinnahmt. Politik ist es, wenn sie sich selber gegenseitig zu breiten Rottungen der älteren gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu ergeben suchen.

Die Regierung hat mit liberaler Hilfe den Schuhmann zum politischen Erzieher der Jugend gemacht. Der Jugend wird es nicht schaden! Denn auch für sie gilt noch das Wort, das Sombart einst in seiner guten Zeit für die ganze moderne Arbeiterbewegung geprägt hat: „Seid ihr die, die da noch kämpfen können!“

Monat vor dem Schwurgericht.

Am Montag kamen mehrere Einzelfälle zur Verhandlung. Der Angeklagte Gieseler ist bei seiner Festnahme von Schülern furchtbar mißhandelt und schwer verletzt worden. Er wurde von Kriminalbeamten verhaftet, weil er einen Stein gegen die Schulleute geworfen haben soll. Die Beamten geben zu, daß sie bei dieser Gelegenheit von ihrem Säbeln Gebrauch gemacht haben; der Angeklagte habe Widerstand geleistet. Gieseler ist nach seiner Festnahme nach der Polizeiwache auf dem Auswärtigen Hofplatz gebracht worden. Nach seiner Angabe sollen die Arbeitswilligen beim Betreten des Hofes über ihn her und schlagen gemeinsam mit den Schülern auf ihn ein. Er wurde darauf in einem Vorraum des Hofes auf den Fußboden gelegt, wo sich bald eine große Blutlache bildete. Gieseler hatte durch einen Säbelstich in den Unterleib eine schwere Verletzung erhalten. Die Schulleute hätten verlangt, er solle das Blut aufwischen oder auflecken. Da er das nicht konnte, hätten sie ihn durch die Blutlache gezogen.

Die Polizeibeamten bestritten die Darstellung des Angeklagten. Kurzliche Gutachten haben festgestellt, daß der Säbelstich, durch den Gieseler verletzt worden ist, von hinten das Gesicht traf, bis in die Schädelhöhle drang und eine schwere Operation nötig machte. Obgleich die Wunde gut verheilt ist, leidet Gieseler immer noch an den Folgen der Verletzung.

Mehrere Zeugen bezeugten allgemeine Vorgänge. Ein Zeuge hat gehört, daß ein Schuhmann am Eingang des Hofes umlagere und sich neben ihm stehender Kriminalbeamter das Kommando: „Raus, los!“ gab. Darauf seien 20 bis 30 Arbeitswillige auf die Straße gestürzt und hätten sich auf einige Passanten geworfen. Ein Passant, der nicht schnell genug entkommen konnte, wurde von den Arbeitswilligen furchtbar geschlagen. Auch andere Zeugen bezeugten, daß harmlose Passanten von Polizeibeamten mißhandelt wurden. Ein anderer Zeuge sagt aus, Zivilpersonen, wahrscheinlich Kriminalbeamte, hätten lauter als andere „Blut- hunde“ und „Haut die Wunden!“ gerufen. Wenn dann die Schulleute gegen die Menge vorgingen, hielten sich die Käufer an die Wand, erhoben ihren Stoch und riefen den Schulleuten „Galt, Kollege!“ zu. Sie blieben dann vollständig unbeteiligt.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Jan. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in der Nr. 13 vom 16. Januar den Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. Der Entwurf umfaßt in 9 Abschnitten 376 Paragraphen.

Der Berliner Stadtoberordneten-Ausschuß nahm am Montag bei seinen Beratungen über die Erhebung einer Lustbarkeits- und Billettesteuer eine Bestimmung an, nach der Vereinigungen wie die „Neue Freie Volkshütte“ nicht von der Steuer betroffen werden.

Das „Dresdener Journal“ veröffentlicht eine ministerielle Verordnung über die Einfuhr von Schlachtrindern aus Frankreich nach Sachsen. Es dürfen wöchentlich eingeführt werden auf dem Schlachthof in Dresden bis zu 500 Rinder, in Leipzig bis zu 500, in Chemnitz bis zu 300, in Zwickau bis zu 200 und in Plauen bis zu 200 Rinder.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag zunächst die Wahl seines Präsidiums vor, die am Sonntag wegen der Reichstagsferien nicht erfolgen konnte. Das Resultat war die Wiederwahl der Herren v. Röcher, Dr. Vorch und Dr. Krause. Röcher mußte die Wahl durch Stimmzettel über sich ergehen lassen, während die Wahl der beiden anderen durch Jurnale erfolgte.

Bei der Fortsetzung der Etatberatung erklärte der Finanzminister Dr. Vönte in Erwiderung auf eine Anfrage des nationalliberalen Redners, daß die Steuerzuschläge so lange in Kraft bleiben würden, bis die Steuererträge reformiert seien. — Der Vize Dr. v. Jatzewski brachte eine große Reihe von Beschwerden aus dem Gebiete des Schulwesens und des Vereins- und Versammlungsrechts vor. Auch Dr. Wiemer (fortsch. Volksp.) forderte vor allem die Erfüllung des Versprechens der Thronrede auf Reform des Wahlrechts. Der Kultusminister stellte seine Ausführungen vom Sonnabend über den Modernisierungsricht, der Minister des Innern machte einige Mitteilungen über die geplante Verwaltungsreform.

Am Schluß der Sitzung kam endlich Genosse Ströbel zu Worte, dessen zweifelhafte Rede eine wichtige Anlage gegen die Regierung und die herrschenden Parteien deute. Er begann mit einer scharfen Kritik des Verhaltens der Regierung und der Parteien in der Wahlrechtsfrage, geißelte die Zustände auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und schloß mit einer längeren Betrachtung der Ergebnisse des Reichstags. In der Hand des Redners lag

er der Lieberkammer nach, daß sich alles, was von den Scharfmachern über die Sozialdemokratie verbreitet ist, als Schwindel erweisen hätte.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Liberaler Vorstoß für die neue Justizhausvorlage. Höchstlich zufrieden ist die Kreuzzeitung mit den Ausführungen, die der nationalliberale Herr Friedberg neulich im preussischen Abgeordnetenhaus über den Reichstagsvorstoß und die vom Reichsanzeiger angegebene neue Justizhausvorlage gemacht hat. Das konfessionelle Hauptorgan schreibt über diese Rede des nationalliberalen Parteiführers:

Diese Ausführungen sind erfreulich und werden hoffentlich auch parteipolitische Konsequenzen haben. Die „Verleumdung“ einer Arbeitswilligenvorlage unter Bismarcks Führung wird man also wohl nicht mehr befürchten müssen. Dann aber werden die Nationalliberalen auch nicht umhin können, unter allen Umständen die Großblodpolitik schlichtlos zu bekämpfen, ja sogar von Wahlbündnissen mit der Sozialdemokratie nachstehenden Einklassieren abzulehnen. Denn diese Bündnisse haben ja den Zweck, diejenigen Parteien zu fälschen, die die harte Gegner des Arbeitswilligenhauses und schärfste Befürworter einer schrankenlosen Koalitionsfreiheit sind, sie würden also die erfreulichen Zustimmungen Dr. Friedbergs in einem etwas merkwürdigen Lichte erscheinen lassen.

Der Spott, den die Kreuzzeitg. in ihr Lob mischt, ist nicht unbedeutend. Denn sie hat so vollkommen mit ihrer Auffassung, daß der von Dr. Friedberg eingenommene Standpunkt nicht festgehalten werden kann ohne die Abkehr, nun einmal einen konsequent reaktionären Kurs einzuschlagen. Wer in einer so grundsätzlichen, in das Volksleben tief einschneidenden Frage, wie die Frage der Koalitionsfreiheit eine ist, Hand in Hand mit den Konfessionären geht, der täte gut oder handelte wenigstens aufrichtig, wenn er auf alle liberal schillernden Redensarten verzichtete.

Der Zwangsverbandsentwurf. Am Sonntag nahm eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Groß-Berlins zu dem Zwangsverbandsentwurf Stellung. Nach einem Referat des Genossen Hugo Reimann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Konferenz erklärt eine Befestigung der aus der Zerstückelung Groß-Berlins entstehenden wirtschaftlichen Schäden nur in der Vereinigung sämtlicher Gemeinden zu einer einheitlichen Verwaltung. Solange eine solche allgemeine Zusammenfassung nicht zu erreichen ist, haben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter die Errichtung freiwilliger Zweckverbände anzustreben. Lassen die in den verschiedenen Gemeindeverwaltungen vorhandenen einander widersprechenden bürgerlichen Interessen die Errichtung freiwilliger Zweckverbände nicht zustande kommen, so erscheint der gesetzliche Zweckverband als ein Mittel, die nachteiligen Folgen der kommunalen Zerstückelung einzuschränken. Ein derartiger Zweckverband darf allerdings nicht nur auf wenige Gebiete kommunaler Verwaltung beschränkt werden. Es muß vielmehr, um den Gemeinden die Lösung ihrer sozialen Aufgaben zu erleichtern und einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlich starken und den wirtschaftlich schwachen Gemeinden zu schaffen, möglichst weite Gebiete kommunaler Tätigkeit umfassen.“

Nur in enger Fühlung mit den beteiligten Gemeinden kann ein solcher Verband in erfolgreicher Weise vorbereitet werden, wie seine gezielte Tätigkeit und Fortentwicklung nur auf der Grundlage freier Selbstverwaltung möglich ist. Die Konferenz erhebt daher scharfen Protest gegen die Art und Weise, wie die preussische Regierung ohne jedes Befragen der beteiligten Gemeinden den Entwurf vorbereitet und in selbstherrlicher Weise in die wichtigsten Rechte der Gemeinden eingegriffen hat. Die Konferenz erklärt auch in dieser Handlung der Regierung eine der verderblichsten Folgen des Dreiklassenwahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus, dessen Errichtung durch das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht die Voraussetzung aus für die Errichtung der kommunalpolitischen Verhältnisse Groß-Berlins bildet.“

In der vorausgehenden Debatte erklärte Gen. Landtagsabgeordneter Hirsch, Charlottenburg, seine Fraktion werde in erster Linie für die Eingemeindung eintreten; sollte sie scheitern, werde sie hauptsächlich dem Zwangsverbände zustimmen. — Genosse Warm betonte, die Regierung mache den Versuch, auf dem Umwege über den Zweckverband zur Bildung einer besonderen Provinz zu gelangen, da sich sonst die Eingemeindung der Kreise Teltow-Ober- und Niederbarnim nicht gut erklären lasse.

Auf diese Weise liege sich ja die „Spitzenpräferenz“ leicht erzielen. Er bitte dringend, eine großzügige Agitation für die Eingemeindung der Vororte einzuleiten.

Der Postetat und die Entschädigungen. Am Sonntag fand in Berlin eine von etwa 5000 unteren Post- und Telegraphenbeamten veranstaltete Versammlung statt, in der der Referent Remmers über den Postetat und die Entschädigungen sprach. Er führte lebhaftest Klagen über die rückständigen Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten. Regierung und Reichstag müßten sich mit den Beamtenorganisationen in Verbindung setzen, um sich zu überzeugen, daß die Beamten keineswegs „unerträglich“ seien. Aber: „die Postbeamten hielten, ob man ihre Wünsche erfüllte oder nicht, treu zu Kaiser und Reich, trotz aller Verletzungen, die an sie herantraten.“ — In einer Resolution wurden Regierung, Verwaltung und Reichstag gebeten, „noch durch den zur Beratung stehende Postetat für 1911 geeignete Maßnahmen zu treffen, um der immer weiter um sich greifenden Mißstimmung und Unzufriedenheit der unteren Post- und Telegraphenbeamten durch Erfüllung ihrer dringenden Wünsche zu steuern.“ Die Versammlung der „Mißgünstigen und Unzufriedenen“ wurde mit einem „stärksten“ Rausch beendet.

Gegen die neue Fernsprechanordnung. Die Landeskonferenz der 36 Ortsgruppen des Hanjandebundes in Sachsen nahm gegen den Konmissionsentwurf einer neuen Fernsprechanordnung eine scharfe Resolution an, in der gegen die

neue Belastung der gewerblichen Kreise und besonders wiederum des Mittelstandes energisch und nachdrücklich Protest erhoben wird.

Die Unruhen auf dem Wedding. Vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts III begann am Montag die Verhandlung gegen 18 wegen der Unruhen auf dem Wedding (Nacht vom 29. auf den 30. Oktober 1910) Angeklagten. Die Anklage lautete Landfriedensbruch, Aufruhr, Widerstand, Sachbeschädigung und Beleidigung. Auf eine Einwendung der Staatsanwaltschaft, die Befundungen über Mißhandlungen auf der Polizeiwache als nicht zur Sache gehörig beanstandet, entschied das Gericht: „Trotz nach Mißhandlungen auf der Polizeiwache sind zugulassen.“

Belgien.

Der Bergarbeiterstreik dürfte heute oder morgen beendet werden. Nachdem der Arbeitsminister Hubert unter Teilnahme zweier Arbeiterdelegierter mit den Bergwerksbesitzern verhandelt, hat er gestern mit zwei Delegierten des Bergarbeiterverbandes und dem Bergarbeiterdeputierten de Jordin die Vorschläge der Grubenbesitzer besprochen. Diese haben die Forderungen der Arbeiter bezüglich Regelung der Nachtzeiten und der Grubenarbeit bewilligt. Die Regelung der übrigen, kritischen Punkte überlassen die Arbeitgeber der direkten Vereinbarung zwischen den Besitzern der verschiedenen Gruben und ihrem Personal. Am allgemeinen bleiben die alten Reglements bestehen, und wenn die Vereinbarungen, wie man hofft, auf beiden Seiten nicht neuerdings unerwarteten Widerstand erfahren, wird der Ausbruch am Dienstag, spätestens Mittwoch beendet sein.

Portugal.

Die Folgen des Eisenbahnstreiks sind nur allmählich zu beseitigen, so die Anbahnung von Gütern und Briefen. Ganz beendet ist der Eisenbahnverkehr übrigens noch nicht. Da verschiedene Gesellschaften Besitzer der Eisenbahnen sind, so sind auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse verschieden. Es befinden sich übrigens die Arbeiter verschiedener Gewerkschaften in einer Lohnbewegung. Die Gegensätze zwischen den Bürgern und den Arbeitern sind daher sehr scharf geworden. Seit einem Vierteljahr warten die Arbeiter auf die Erfüllung der Versprechungen, die man ihnen bei der Revolution gemacht hat. Jetzt verlangen sie sie erfüllt. Da das Bürgertum nach Gendarmen und Soldaten schreit, um die unbarmherzigen Arbeiter niederzuhalten, so herrscht in Lissabon allerdings eine revolutionäre Stimmung. Die Soldaten sind noch nicht so preußisch gedrillt, daß sie auf Befehl und Eltern schießen, wenn diese nach Brot rufen und sollen daher unzuverlässig sein. Eine Bürgergarde ist daher gebildet worden. Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn es zu blutigen Konflikten zwischen diesen und den Arbeitern kommt.

Von den Monarchisten wird diese Lage nun wirklich aufgefaßt und ausgenutzt und werden von ihnen die unorganisierten Arbeiter gegen die Republik aufgeführt. Man erwartet in Oporto den Ausbruch einer Gegenrevolution. In dem Grenzland Brisa soll sich bereits der Thronbewerber Don Miguel von Sagrana aufhalten, um im Falle des Erfolges seiner Anhänger zur Stelle zu sein.

Man kann erwarten, daß die Arbeiter, trotz aller sozialen Gegensätze, mit dem republikanischen Teil des Bürgertums den Monarchisten die Suppe verfallen und die Republik schätzen werden.

Kleine politische Nachrichten. Der in Friedrichshagen verbliebene französische Seiten ist von Stuttgart nach Straßburg gebracht worden, wo die Unterbringung gegen ihn gesichert wird. — Der Kaplan Wieland in Künigheim, der den Modernismus nicht geliebt hat, legte gegen seine sächsische Versetzung bei der Staatsregierung ein. — Das Reichsgericht hat das Urteil gegen den Simplicius-Rezeptionskandidat auf drei Monate verhängnis wegen Verletzung des Hofes von Notenburg bestätigt. — Die beiden Kammer des norwegischen Reichstages sind einberufen. — Der Wiener Gemeinderat ist beim Stadtrat von Paris auf Besuch gegangen und mit großen Beifall empfangen worden. — Der Streik der Hafenarbeiter in Barcelona ist beendet.

Estados.

Sant, 17. Januar.

Die Gelben an der Arbeit.

Wir haben bereits gestern gesagt, wie die Gelben versucht haben, sich hier breit zu machen, dabei aber an gewissen Stellen abgeblüht sind. Jetzt wollen sie zeigen, was sie können.

Am 21. Januar sollen auf der R. Werft die Erbsenwahlen zum Arbeiterausschuß stattfinden. Bekanntlich hat der Ausschluß infolge der Dienstadtverhältnisse sein Amt niedergelegt. Es hat lange gedauert, ehe die Neuwahlen ausgeschrieben wurden, so lange, bis endlich der Fiskus sich in die Öffentlichkeit wagen konnte. Das ist jetzt geschehen.

In einem langen Artikel im „Tageblatt“ und in der „Wiltz. Zeitung“ (in letzterer als Eingeladener aufgenommen) wird die Werbetrommel gerührt. Es wird darin gemurmelt, daß bisher nur die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ Kandidaten aufgestellt hätten, aber die übrigen auf der Werft vertretenen Organisationen — Hirsch-Dundersche und Christlich-soziale gänzlich unbeachtet gelassen haben, so daß die Ausschlußwahlen ganz einseitig gewesen seien. Die nationalen Arbeiterorganisationen auf der Werft seien aber so stark geworden, daß ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen Erfolg verspreche, denn von den rund 8000 Arbeitern gehören dem „sozialdemokratischen“ Metallarbeiterverband nur 2100 an. Es bleibe also noch ein erheblicher Teil der Arbeiterkraft den nationalgeordneten Arbeiterorganisationen zur Werbung als Mitglieder übrig. Dann folgen die schlagenden Thesen. Die Werftarbeiterkraft habe ein bedeutendes Interesse daran, daß „unser Arbeiter“ groß, stark und mächtig wird, da sie Tausenden von Arbeitern lohnenden (?) Erwerb gibt; der Metallarbeiterverband wolle jedoch recht wenig. Die Verbandsgelder würden nur für Streiks und Zeitungserhebungen hergekommen. Von dort aber die bloße

Arbeiterchaft nichts. Derjenige Arbeiter, der seine Pflicht erfüllt, habe hier nicht nur sein gutes Brot, sondern auch seine dauernde Beschäftigung. Zum Schluss hofft der Artikel-Schreiber, der wohl einer der gelben Sekretäre sein dürfte, die fälschlich hier die Lage sondieren, daß die Vertreter der nationalen Arbeiter auf der A. West die weitgehendste Unterstützung und Teilnahme finden mögen.

Wir wünschen der vaterländischen Gesellschaft einen glücklichen Durchfall. Der gesunde Sinn der hiesigen Arbeiter-Schaft bürge dafür, daß sie den Gelben den verdienten Fußtritt für den systematischen Arbeiterverrat, den sie auf ihre Fahne geschrieben haben, geben werden. Die aufgewärmten Phrasen faden heute keinen Hund mehr hinterm Ofen hervor. Jedermann erinnert sich noch der Massenversammlungen und der Entlassungen. Und würden die Arbeiter nicht solche Solidarität geübt haben, so würden heute noch mehr Opfer der Händelabläufe zu verzuden sein. Soll doch der Gewerbetreibende in seinem Gutachten geäußert haben, die vier Prozent der Arbeiter, die von der Maßregelung betroffen worden, würden noch nicht abklingend genug. Unter Schmelzlicht, wenn gesagt wird, die Verbanngeldesten fänden im Wesentlichen nur Verbannung für Streiks und Zeitungsgründungen. Für Streiks ist übrigens noch kein Pfennig umgelegt worden. Es ist nicht möglich, die Arbeiter-Solidarität der Gelben Gesellschaft von der Notwendigkeit der Solidarität der Arbeiter und von einer einheitlichen Arbeiterorganisation überzeugen zu können, daher können wir den Artikel zunächst auch kurz abtun. Wer es ernst mit der Arbeiterbewegung nimmt, wer da wünscht, daß im Arbeiterausfluß der West wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten werden, soweit das überhaupt möglich ist, der wähle nicht die Kandidaten der Gelben, der lege lieber die Vertretung seiner Interessen in die Hände des vaterländischen Frauenvereins, wenn er seine Stimme den von den freien Gewerkschaften empfohlenen Kandidaten nicht geben will.

Eine Gemeinderatsitzung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, im Rathhausgebäude statt mit folgender Tagesordnung:

1. Umherwerb, Steuerung der Wohnungsmiet.
2. Einführung der Berufsordnungsgesetze.
3. Änderung des Statuts der Mäurer-Spartasse.
4. Vertrag mit dem Amtsvorstand betreffs Anlegung der christlichen Straßenbahn; zweite Lesung.
5. Erweiterung des Elektrizitätswerks.
6. Rathausplatz; Herstellung eines Transformatorhauses und einer Bedürfnisanstalt.
7. Neue Einteilung der Reichsteile.
8. Zulassungsantrag zur Kanalisationsanleihe.
9. Verschiedenes.

Steuererhebung. Die Hebung der Einkommen- und Vermögenssteuer, der Armen- und Gemeindeumlagen, der evangel. Kirchensteuer und der Kanalisationsgebühren für das 3. Vierteljahr 1910/11 findet im hiesigen Rathaus, Zimmer Nr. 6, vom 1. bis 1. März und zwar am 18. Januar für die Steuerpflichtigen, deren Name mit dem Buchstaben A beginnt an der Steuerstelle I, L an der Steuerstelle II.

Er wollte nicht aus dem Gefängnis. Es wird berichtet, daß der Arbeiter Sch., der hier eine kurze Haft verbüßte, bei der Entlassung sich sträubte, die Zelle zu verlassen, und seine Kleider und Schuhe zurück, um seinen Willen durchzusetzen. Bangte es dem Manne vor dem neuen Dasein, das er wieder vor den Gefängnistoren beginnen sollte? Manche „Menschenfreunde“ werden sagen: unsere Gefängnisse sind für diese Sorte Menschen noch viel zu gut! Vielleicht denkt der eine oder andere auch an die Gefängnisstrafe. Keiner dieser Philantropen begreift aber, wie verbesserungsbedürftig eine Gefängnisordnung ist, die Menschen schafft, welche sich im Gefängnis wohler fühlen, als in der „goldenen Freiheit“.

Variété Adler. Das neue Programm des Adler-Variété ist wieder erstklassig. Es wird eröffnet durch Lilly Papageno, die als „schöne blonde Sanpomeranze“ wie auch als treffliche Sängerin und Fein-Soubrette angenehm überaus. Vielseitig ist auch die ganze Heddy Brandt, die als flotte Kugelgängerin, Jongleuse und Balancierte, sowie in ihrem so sicheren akrobatischen Drahtseil-Welt viel Beifall findet. Die reizende Operetten-Sängerin Cora Anders gefiel sehr in ihren gefangenen Leistungen „Gente ist heut'“, „Der erste Ruh“ und „Die blühende Heide“. Ihre Stimme ist weich, schmelzig und doch umfangreich. In ganz kurzer Zeit entwickelte dann das Original Georges Vitos aus einem Saal voll Lumpen ein in seiner Wirkung herrliches Koloßalgemälde: Christus vor Pilatus. Den ersten Akt beiläufig die Meisterhaft-Kollaboration Hjalp Dano-Comp. Man muß diese Zähler sehen, um sich ein Bild von ihrer grandiosen Kunst und Vielseitigkeit machen zu können.

Lebhaftest Beifall findet dann im zweiten Teil des Abends das moderne Melodram „Das lustige Ehepaar“. Eine weitere hervorragende Zugnummer ist der equilibristisch-akrobatische Sensationsakt der vier Geschwister Weiss, bei dem besonders die Stärke und Geschicklichkeit der kleinen jungen Dame und die Balance-Künste der übrigen Mitglieder an einer auf der Schulter freilebenden Stange bewundernswert sind. Wolff-Schnee, der Dichter-Humorist, ist prolongiert. Er wurde deshalb mit lebhaftem Beifall empfangen und seine neuen Darbietungen in Wit, Humor und Satire fanden lebhaftesten Applaus. Den Schluss des vornehmen und guten Programms bilden einige Kino-Vorführungen. Die Hauskapelle trägt dazu bei, das nicht nur alles klappert, sondern daß auch die Musikfreunde auf ihre Rechnung kommen.

Variété Metropol. Das Gastspiel des Kölner Tümmel- und Burlesken-Ensembles (Direktion Theo Magor) ist bis Ende dieses Monats verlängert worden. Abends finden sowohl die Darbietungen der einzelnen Darsteller wie die Vorlesungen reichlich Beifall. Das Kino bringt wieder einige sehr interessante Bilder. — In den vorderen Räumen gastiert die Titoler-Gesellschaft „D' Trauerseer“ (4 Damen, 3 Herren).

Wilhelmshaven, 17. Januar. Im Rieler Hafen erkrank ein Maschinistenmaat vom Kreuzer „Main“. Er war bei der Lieberfahrt von Reumühlen nach Kiel vom Fährdampfer über Bord gefallen.

Der Drang nach der Freiheit. Es wird berichtet: Der vorgeleitete wegen der vielen Einbruchsdiebstähle zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilte Matrose Beckerlein versuchte am Nachmittag des letzten Tages aus seiner Zelle im Parterre des Gerichtesgebäudes auszubringen. Er war dabei, die Gitterstäbe des Fensters seiner Zelle zu durchlöchern, als er abgefaßt wurde. Die Säge hatte er sich sehr geschickt mit den einfachsten Mitteln konstruiert. Er wurde nun ein paar Etagen höher untergebracht, von wo ihm die Flucht nicht mehr gelingen dürfte.

Gesamtspektakel der Adels Sendorff mit Ensemble Berliner Bühnen-Künstler in Burg Hohenzollern morgen (Mittwoch). „Medea“ gehört zu den bedeutendsten Schöpfungen des großen hiesigen Dramatikers Grillparzer. „Medea“ bildet den Schluss der Trilogie „Die Argonauten“, und führt die Erfüllung des Fluches vor, der mit Befehl des goldenen Vlieses verknüpft ist. Denn dieses bringt dem Menschen nicht das erlehnte Glück und den Ruhm, sondern Tod und Untergang. In den Verheerungen der Helden hat der Dichter alles vereinigt, was im Guten und Schlimmen das Menschenbild bewegen kann. Alle diese fesselnden Vorgänge natürlich darzustellen, dazu gehört eine große Künstlerin. Adels Sendorff ist aber die bedeutendste von den Medea-Darstellerinnen. Wie sie Entfaltung und Ergebung üben will, wie sie bemüht ist, Liebe und Mitleid zu offenbaren, um Jalon zu gefallen, wie sie in Schmerz und Verzweiflung über die angebrochene Trennung von ihren Kindern ausbricht, das sind Momente höchster dramatischer Gestaltungskraft.

Variété Walthalla. Gegenwärtig gastiert hier „Borghards Variété- und Poffen-Ensemble“. Dasselbe ist sehr gut zusammengestellt und bietet in seinem vielseitigen Programm recht ansprechende Nummern ersten und zweiten Inhalts. Jeden Abend gelangen zwei Vollen zur Aufführung.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 17. Januar.

Das Zentrum hielt am Sonntag im Kronprinzen eine Versammlung ab, in welcher Graf Galen sprach. Die Versammlung bietet kaum Bemerkenswertes. Dem Charakter des Zentrums entspricht es, wenn Graf Galen insbesondere für die konfessionelle Schule und Erhaltung der Religion dem Volke eintrat. Wie er als frommer Christ das Gebet „unser täglich Brot gib uns heute“, mit der durch Zentrums-Hilfe herbeigeführten Verteuerung der Lebensmittel im Einklang zu bringen gedenkt, hat Graf Galen seinen lauschenden Zuhörern nicht gesagt, auch nicht, wie groß sein Anteil an der Zuspätkommen ist.

Die Volksvorstellung im Großherzoglichen Theater am Sonnabend hat sich in einer eigenartigen „Puffs“-Vorstellung gestaltet. Es gab „Der Pfarrer von Kirchfeld“, dabei soll es vorgekommen sein, daß einzelne Akte ausgefallen sind. Sollten wirklich die Vorstellungen durch die Theaterdirektion in der Weise verunzelt sein, so ist es die Pflicht des Bildungsausschusses zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, damit verhindert wird, daß der Besuch der Volksvorstellungen einem Verleite wird. — Auch auf die Art, wie die Plätze vergeben werden, fordert zur Kritik heraus.

Nordenham, 17. Januar.

Das Winterfest des freisinnigen Klostersbundes hatte eine große Menschenmenge nach hier gebracht, namentlich am Sonntag.

lich am Sonntag. Bei dem Werfen waren diesmal die Dirsieden vom Bilde begünstigt. Sie gingen mit den höchsten Preisen davon. An dem am Montag stattgefundenen Wettkampf gegen Stadt- und Butjadingerland wurden als Werfer bestimmt für Dirsieden Heddermann-Litarp und Behrens-Wiesedermier und für Stadt- und Butjadingerland W. Ladden-Wexen und A. Dunsch-Sellens. Auch aus diesem Kampf ging Dirsieden als Sieger hervor und zwar mit einem Vorsprung von 35 1/2 Metern.

Aus aller Welt.

Kaubmord. In Sosnica wurde ein Weichensteller mit durchschnittener Kehle und auf dem Rücken gebundenen Händen aufgefunden. Seine Wohnung war ausgeraubt. Ein Streckenarbeiter wurde verhaftet.

Kleine Tageschronik. Am Sonntag brachen in Langel bei Tilschdorf beim Schlittschuhlaufen neun Personen ein; fünf Kinder ertranken, die vier anderen wurden gerettet. — In Saalfeld hat in der Nacht zum Montag ein Junghäufereibeiher sich, seine Frau und vier Kinder vergiftet, indem er den Gasbrenner aufgedreht hatte. — Auf dem Wege von der Seeburg zum Sonntagabend in Abwesenheit der Eltern drei Kinder eines Arbeiters durch Kohlenhaus erstickt. — In der Nähe der An der ena der Provinzial-Terrenanstalt wurde ein Geisteskranker ermordet aufgefunden. Es wird vermutet, daß der Mord von anderen Geisteskranken begangen wurde. — Beim Koblenz fuhr die Zillen burg am Sonntag nachmittag ein 15jähriger Gymnasiast so unglücklich gegen einen Baum, daß er sofort getötet wurde. — Von Kindern wurde auf einer Wiese bei Dorsfeld die Leiche eines 14jährigen Mannes aufgefunden. Unbekannt liegt Mord vor. — Durch Brand eines Gasochers wurden fünf Wieder eines Petroleumumhändlers in Feinde i. h. vergiftet. — Aus verschütteter Liebe erschoss sich in Kiel auf der Straße ein Tischler. Ein auf seine Liebe abgegebener Schuß ging fehl.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Janr. Der fünfjährige Sohn einer Waisfrau spielte mit einem sechsjährigen Gefährten in der Waisküche, in der ein Kessel mit kochender Wäsche stand. Als sich die Waisfrau einige Augenblicke entfernt hatte, hatte der Sechsjährige ihren Sohn in den Waiskessel gestoßen. Die Mutter konnte sich nur noch überzeugen, daß der Verunglückte nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab.

Ein Strahendenüber, der es besonders auf die Handtischen der Damen abgesehen hatte, wurde gestern vom Schwurgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Grimma i. S., 17. Januar. Verschiedene Anhänger der Mormonenlehre ließen sich im Muldeffee taufen. Ein Mormonenjunbling aus Nordamerika wurde deshalb aus Sachsen ausgewiesen.

Schönfleß (Ostsee), 17. Januar. Um zu dem in den See gefallenen Ballon Hildebrand zu gelangen, setzten gestern 400 Menschen ihr Leben auf dem nur 1 1/2 hülligen Eise aufs Spiel. Während die Hülle auf dem Eise liegt, befindet sich die Gondel in einem von Fischen geschlagenen Loch.

Paris, 17. Januar. Eine Automobilkutsche fuhr an das Gelände der Seine und stürzte in den zehn Meter tiefen Fluß. Die beiden Insassen konnten sich so lange über Wasser halten, bis sie gerettet wurden.

Lissabon, 17. Jan. Durch Sabotage der streikenden Gasarbeiter war Gas in die Kanalisationsröhren gedrungen, wo es durch die Laternen dreier Männer, die Ratten fingen, unterhalb des Bahnhofes und des Hotels der Avenida da Liberdade zur Explosion gebracht wurde. Die drei Männer wurden schwer verbrannt, die Gebäude in der Nähe der Explosionsstelle beschädigt. Die starke Detonation hat im Mittelpunkt der Stadt eine lebhaft Panik hervorgerufen.

Der Minister des Inneren hat dem Ministerat ein neues Wahlgesetz unterbreitet. Nach diesem sind alle Bürger über 21 Jahre, welche lesen und schreiben können oder Oberhaupt einer Familie sind, wahlberechtigt. Die Kandidaten zur Deputiertenkammer müssen ein Examen in Elementarfächern abgelegt haben.

Cultung.

Ein Beitrag zur Bezirkskasselle vom Kassierer des 2. Oldenb. und 2. Hannoverischen Wahlkreises für das zweite Quartal 1910/11 923,44 Mark erhalten.

Want, 15. Januar 1911. Wd. Schulz, Sekr.

Beramtswort, Redakteur: H. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Bant.

Diergu zwei Beilagen.

Bismarck-Lichtbild-Theater

Wilhelmshaven, Bismarckstrasse 30.

Nur 4 Tage!

Von Mittwoch den 18. Januar ab als Extra-Einlage:

Nur 4 Tage!

Die schwarze Sklavin.

Original-Aufnahme aus dem Innern Afrikas.

Trotz der hohen Kosten keine erhöhten Eintrittspreise!

Um mit den Restbeständen meiner Winterläger
vollständig zu räumen, habe ich die Preise
nochmals bedeutend herabgesetzt. :: :: ::

Beachten Sie die Fenster.

Wallheimer.

Gewerkschaftskartell

Bant - Wilhelmshaven.

Am 19. d. M., abends 8 Uhr:

Sitzung bei Hatteland

Grenzstraße.

Alle alten und neuergewählten
Delegierten müssen erscheinen.

Bezirksführer-Sitzung

Mittwoch den 18. Jan 1911

abends 8 1/2 Uhr:

bei H. Hatteland, Grenzstraße 38

**Sterbekasse des
Bürgervereins Heppens**

(westl. Teil).

Mittwoch den 18. Januar,

abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung
in Sadevassers Zivoli.

Tagesordnung:

1. Jahresabrechnung pro 1910.

2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein

Delmenhorst.

Mittwoch den 18. Januar,

abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei H. Meier, Roppelstr.

— Tagesordnung: —

1. Quartals-Abrechnung.

2. Abrechnung von der Weih-

nachtsfeier.

3. Wahl einer Malfeierkommission.

4. Verschiedenes.

Müßiges Erscheinen der Mit-

glieder wird erwartet.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Konsum- u. Sparverein

für Bant und Umgegend.

e. G. m. b. H.

Wir empfehlen unseren Mit-

gliedern unsere

Sparkasse

zur fleissigen Benutzung.

Einzlagen werden mit 4 Proz.

verzinst. Täglich geöffnet vorm.

von 10 1/2 bis 12 1/2 Uhr, nachm.

von 3 1/2 bis 5 Uhr.

Der Vorstand.

Die Meldestelle

für verkaufene Kinder be-

findet sich bei

Frau Schenbeck, Bant,

Restaurant Peterhof, Peterstr.

Lebertran

1 Pfund . . . 90 Pf.

J. G. Cossens, Peterstr. 42 u. Schaar

Seltene Gelegenheit

in

Gummi-Schuhen.

Solange Vorrat reicht!

Damen-Gummischuhe . . . Paar 1.75 Mk.

Herren-Gummischuhe . . . Paar 1.75 Mk.

Mädchen-Gummischuhe . . Paar 1.25 Mk.

Kinder-Gummischuhe Paar 85 Pf.

— Kaufhaus —

J. Margoniner & Co.

Marktstr. 34. Gökerstr. 8.

Todes-Anzeige.

Am 16. Januar starb nach
langer schwerer Krankheit mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Schwieger- und Großvater, der
Anstreicher

Victor Köhler

im 68. Lebensjahre. Um stille
Teilnahme bittet

Bant, den 16. Januar 1911.

Die trauernde Witwe

Dabara Köhler.

Gustav u. Frau, geb. Köhler.

Gustav Köhler und Frau.

Geinrich Köhler.

Frau Köhler.

Die Beerdigung findet am

Mittwoch den 16. d. Mo.,

nachm. 1 1/2 Uhr, vom Ver-

trauenhause aus statt.

Todes-Anzeige.

Heute morgen verschied plötz-
lich und unerwartet unsere liebe
kleine Tochter

Elisabeth

im zarten Alter von 7 Mon.

Dies zeigen allen Verwandten,
Freunden und Bekannten mit
der Bitte um stilles Beileid
schmerzgefüllt an

Bant, den 16. Januar 1911.

Karl Köhler und Frau

Frieda, geb. Rathmann.

Die Beerdigung findet am

Donnerstag den 19. Januar,

nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauer-

hause, Borsenstr. 78, aus statt.

Bürgerverein Neubremen.

Nachruf!

Am Montag starb nach
langem schwerem Leiden eines
unserer ältesten Mitglieder

Herr Eduard Janssen

Er war ein aufrechter und

edleres Mitglied.

Ehre seinem Andenken!

Bant, den 17. Januar 1911.

Die Beerdigung findet am

Donnerstag den 19. Januar,

nachm. 1 1/2 Uhr, vom St.

Willehad-Hospital aus statt.

Die Mitglieder werden ge-

beten, sich bei der Beerdigung

zahlreich einzufinden.

Der Vorstand.

Dankagung.

Für die vielen Beweise der Teil-

nahme bei der Beerdigung unserer

lieben Verstorbenen sagen wir hier-

mit allen unseren herzlichsten Dank.

Edo Dicks nebst Angehörigen.

Achtung! Maler!

Sektion II.

Mittwoch den 18. Januar,

abends 8 Uhr:

**Außerordentliche
Versammlung**

bei Hatteland, Grenzstr. 38.

Tagesordnung:

Ausgang-Wahl betreff.

Vollständiges Erscheinen ist Pflicht

Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr Bant.

Zur Beerdigung des verstorbenen

Kameraden Eduard Janssen wer-

sammeln sich die Mitglieder am

Donnerstag den 19. Januar,

nachmittags 1 1/2 Uhr, beim Haupt-

mann i. v. A. Die Bürgerabteilung

hat vollständig zu erscheinen.

Das Kommando.

Vergnügungsclub im freien Stunden.

Nachruf!

Am Montag den 16. d. Mo.

starb nach langer Krankheit unser

Mitglied

Viktor Köhler

im 68. Lebensjahre.

Wir werden ihm ein ehrendes

Andenken bewahren!

Bant, den 17. Januar 1911.

Der Vorstand.

Wilhelm Harms :: Nordenham

• • Hansingstrasse 10. • •

Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak

Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.

Annahme von Drucksachen

aller Art für Handel u. Privat

unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

Trauerbriefe fertigen an Paul Hug & Co., Bant.

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Anzeige.)

Am Sonntag abend erlöste ein sanfter Tod

meinen lieben Mann und unseren guten Vater, den

Fuhrunternehmer Eduard Janssen

von seinem langen mit grosser Geduld ertragenen

Leiden. Um stille Teilnahme bittet die trauernde Gattin

Anna Janssen, geb. Haaren

nebst Kindern und Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm.

1.45 Uhr, vom St. Willehad-Hospital aus statt.

Reichstag.

108. Sitzung, Montag, den 16. Januar 1911, 2 Uhr nachmittags.
Am Bundeskanzler: Hermann.
Auf der Tagesordnung liegt die 2. Beratung eines
Wertumschlagsteuergesetzes.

§ 1 führt allgemein die Umsatzsteuer ein, weil jedoch bestimmte
Erlöse von nicht über 20 000 M. unbefristet von nicht über 5000
M. von der Steuer freilassen, wenn der Steuerpflichtige nicht über
2000 M. Einkommen hat. § 1a umfasst auch Veräußerungen,
mit Ausnahme untergeordneter Vermögensgegenstände, § 1b
unterstellt auch den Veräußerer von Aktien an den Veräußerer
einer G. m. b. H., wenn dieser sich mit der Veräußerung von
Aktien befähigt, oder wenn sie gegründet ist, um die Umsatzsteuer
zu erheben.

Hr. Graf Helldorf (L.): Meine Freunde können nicht nur dem
Grundgedanken des Entwurfs zu, sondern halten auch die Fassung
der Kommission für ungenügend. Wir halten die Umsatzsteuer
für einen neuen und fruchtbarsten Gedanken für unser Reichs-
haushalt. Die direkten Steuern müssen den Einzelheiten be-
rücksichtigt werden, die sich auf das Reich auf anderem Wege
einzuführen lassen. (Zustimmung rechts.) Getroffen
ist in erster Linie nicht der Verkäufer, sondern der durch eigene
tatsächliche Tätigkeit und Eigenleistung den Staat zu-
geführt hat, und aus diesem Grunde hat die Kommission den Staat
gegenüber dem Käufer „Wertumschlag“ der ohne Zutun des
Eigentümers entstanden ist. (Zustimmung rechts.)

Es sind folgende Änderungsanträge eingebracht: Hr.
Cuno (Rp.) will in § 1 die Worte „der ohne Zutun des Eigen-
tümers entstanden ist“ streichen. Hr. Reuter (Rp.) will in
§ 1 die beabsichtigte Umsatzsteuer bis zu 20 000 M. die unbefristet
bis zu 5000 M. freilassen, wenn der Steuerpflichtige ein Einkommen
bis 2000 M. hat. — Hr. Sauer (Köln) (L.) will die Kom-
mission, die Grundbünde bis 20 000 (resp. 5000 M.) freilassen, falls
das Einkommen des Steuerpflichtigen weniger als 3000 M. beträgt. —
Hr. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen die Streichung sämtlicher
Ausnahmen in § 1 und Zusammenfassung der §§ 1, 1a, 1b, 1c zu
einem einheitlichen Paragraphen.

Reichsfinanzminister: Die Entscheidung, die hier fällt,
wird nicht nur eine solche über die Reichsfinanzministerie sein,
sondern über die Wertumschlagsteuer überhaupt, auch über die
der Gemeinden. Denn der

Überhang der Haus- und Grundbesitzer
richtet sich gegen die Umsatzsteuer überhaupt. Somit haben Reich
und Gemeinden hier das gleiche Interesse. Das Reich aber muss
vorantreten. Es ist ja auch kein Zweifel, dass das Reich der Haupt-
träger unserer wirtschaftlichen Aufschwüngen ist.

Der Reichstag selbst hat die Steuer im Jahre 1900 verlangt,
aber die Vorlage, und nach wie vor die Fassung der Kommission,
gibt weit hinter das zurück, was der Reichstag damals gewollt
hat. Und trotzdem hat sich nach weiteren Überlegungen im Werke.
Das bitte, nicht aus dem Blick zu verlieren, was es in der Kommission
geschehen ist, unangenehm.

Wertumschlagsteuer
zu stellen, denn eine ausgedehnte Wertumschlagsteuer ist nichts anderes
als die Besteuerung der Einkünfte der Steuerpflichtigen. Der Grund
Verständnis über die Folgen des Gesetzes liegt daher darin,
dass in mehr als 97 Proz. der Gemeinden, welche die Steuer
eingeführt haben, eine Steigerung der Grundbesitzer und Steuern
nicht eingetreten ist. Bei mehr als 98 Proz. war eine Einschränkung
der Steuerpflicht nicht zu verzeichnen, und in 99 Proz. sind die
Grundbesitzer der Gemeinden nicht überproportional. Nach
der Umkehr von Grundbesitz ist nicht beabsichtigt worden. Daraus
sollen überdies durch die Einführungseinsparungen vermieden
werden.

Wenn unsere Finanzen nicht wieder steilen bleiben sollen,
müssen den Einnahmen die entsprechenden Mittel gegenüberstehen. Hier
gibt es kein Bedenken.

Hr. Marx (L.): Wir haben den Gedanken der Besteuerung des
unveränderten Wertumschlags freudig begrüßt, und wir müssen
auch ein wirksames Gesetz. Aber der Reichstag allein darf nicht
entscheiden, auch die Billigkeit muss mitbedacht, sonst werden gerade
sonstversteht Grundbesitz im Wandel begriffen. (Sehr richtig! im
Zentrum.) Bedenken am Gesetz, in wesentlichen die Zurück-
weisung auf das Jahr 1900 und seine rückwärtige Kraft bis zum
1. April 1910. Gegen die Zurückweisung spricht die Vorlage,
dass dadurch der alte sehr unbillig geblieben wird. Manche
solche Bürgerfamilien in kleinen Städten hat ihre Steuergebühren
gegenüber angelegt, und das kann unendlich mit großem Schaden
Grundbesitzbesitzer auf eine Zinses gestützt werden.

Es geht nicht an, den Gemeinden innerhalb bei Gesetzes
einen neuen Spielraum zu gestatten. Wir beantragen, dass bei einem
Zusatz von 100 Proz. aber nicht darüber hinaus, zu dem ihnen

Gewerkschaftliches.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe. In den 20
Städten, in denen die Tarifverträge zum 12. Februar d. J.
gefräht sind, haben namentlich die Holzarbeiter die zu
stellenden Forderungen befriedigt und den Arbeitgeber
übermittelt. Gleichzeitig wurde den Arbeitgebern mitgeteilt,
dass die Arbeiter zu öffentlichen Verhandlungen bereit seien.
Eine Konferenz von Vertretern der in Frage kommenden
Orte, welche in Berlin stattfand, beschloss, sich mit dem
Vertragsmuster, das von den beiderseitigen Zentralvorständen
unter Mitwirkung einer Kommission als Grundlage für die
Verträge ausgearbeitet wurde. Wenn auch gegen eine Ein-
zahl Bestimmungen des Rates Bedenken laut wurden,
so fand es schließlich doch die Zustimmung der Städte-
vertreter, nachdem der Vorstand des Holzarbeiterverbandes
wiederholt erklärt hatte, dass die Bestimmungen nicht unter
allen Umständen für alle Städte bindend sein sollten, sondern
dass für die einzelnen Orte abweichende Vereinbarungen
zulässig sind. Als Vertragsentwurf auf Arbeitgeberseite
kommt der „Arbeitgeberverband“ für das deutsche Holz-
gewerbe in allen Städten, mit Ausnahme von Hamburg,
in Frage, außerdem haben auch einige Annahmen die bis-
herigen Verträge mit untergeordnet. Die Verhandlungen
dürften namentlich in den meisten Städten in den nächsten
Tagen beginnen. Ueber die Frage der Arbeitszeit soll, wenn
darauf an den einzelnen Orten eine Verständigung nicht
möglich ist, eine Zentralkommission weiter verhandeln und
es sollen die ständigen zwischen den Verbandsvorständen
vereinbarten „Regeln zur Einsetzung der Arbeitszeit in den
deutschen Städten“ hierbei als Richtschnur dienen. Der
heftigste Punkt bei den ganzen Verhandlungen dürfte die
Vertragsdauer sein. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes
muss auf Grund eines Verbandstatutensatzes nicht

übernehmen Anteil von 40 Proz. erheben dürfen. Wir beantragen
ferner eine Erhöhung der Befristungsfrist, um die den Arbeitern
angebotene Vergütung auch dem kleinen Mittelstande zugute
kommen zu lassen. Für die Übertragbarkeit verlangen wir mög-
lichste Erleichterung. (Beifall im Zentrum.)

Reichsfinanzminister: Ich glaube, dass es mir an-
geht, der zahlreichen, meist auf Abkündigung hinlaufenden
Anträge gerecht zu werden, so etwas für unsere Veteranen heraus-
kommen. (Beifall des Reichstags.)

Hr. Müller (Soz.):
Ich möchte zunächst eine allgemeine Erklärung im Namen
unserer Fraktion abgeben: Die Sozialdemokraten legen den aller-
größten Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes, weil wir in
einer solchen

Bekräftigung des Wertumschlags den Anfang einer geordneten
Einkommensteuer

sehen. Wir haben daher schon 1902 bei den Kämpfen um den Zoll-
tarif diese Bekräftigung gefordert. Das und jetzt geboten wird, steht
freilich unserem Ideale wenig ähnlich. Wir wünschen sehr, dass in
einer Linie die Gemeinde, sowohl die Stadt als auch die Land-
gemeinde, sein sollte, dass das Reich sich im wesentlichen darauf be-
ziehen sollte, die Steuer in allen Gemeinden obligatorisch zu
machen und eine Uebernahme auszuüben.

Nach unserer Ansicht sollten die Gemeinden einen möglichst
großen Teil in der Ausgestaltung der Steuer haben, und
diesem sollte auch der größte Teil des Ertrages anheimfallen. (Be-
ifall Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Reich könnte
trotz eines im ausbleibenden geringeren Prozentsatzes sehr wohl ein
mehr besseres Geschäft mit der neuen Steuer machen, vorausgesetzt,
dass sie in wirksamer Weise ausgebaut wird. (Sehr richtig! bei den
Sozialdemokraten.)

Der Reichstag selbst hat in dem Reich den Hauptfaktor, dem
die Wertumschlagsteuer gebührt werde. Diese Auffassung passt bei
einem Finanzmann von einem sehr veränderlichen Sinne von
ökonomischer Erkenntnis. Es ist nicht sowohl der Staat, sondern

es ist die Gesellschaft, der der Wertumschlag verankert wird,

und zwar in erster Linie die wirtschaftliche Tätigkeit der arbeitenden
Klasse, des Proletariats. (Beifall Zustimmung bei den Soz.)
Die Arbeit der Gesellschaft vollzieht sich in den Gemeinden, dort
teilt der Wertumschlag am unmittelbarsten aus, und dieses ist
der Grund, weshalb die Gemeinden in allererster Linie die Wert-
umschlagsteuer zu beantragen haben. Auch kann die Steuer nur
in der Gemeinde so gestaltet werden, dass sie für die Arbeit, ohne
diesen zu beeinträchtigen, und schließlich kommt hinzu, dass die Ge-
meinden, welche diese Steuer einführen, einen historischen
Anspruch zu haben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Das ist ein Gesetz, das keinen Ansporn enthält, nicht zu
erzählen ist, so sehr wie uns auf etwas Befriedigendes zurück-
auf den für einen Jahre vorliegenden Regierungsentwurf. Er ist
durchaus befriedigend, als der Kommissionentwurf, er hat viel weniger
Ausnahmebestimmungen, ist klarer und bringt mehr ein. Wir
haben daher zu § 1 beantragt, die Regierungsvorlage wieder her-
auszugeben und werden auch weiterhin ähnliche Anträge bringen.

Der Reichstag selbst hat die Steuer im Jahre 1900 verlangt,
aber die Vorlage, und nach wie vor die Fassung der Kommission,
gibt weit hinter das zurück, was der Reichstag damals gewollt
hat. Und trotzdem hat sich nach weiteren Überlegungen im Werke.
Das bitte, nicht aus dem Blick zu verlieren, was es in der Kommission
geschehen ist, unangenehm.

agrarisches Verbleib.

In agrarischen Kreisen ist es in Höhe, dass Einkommen niedrig
einkommend, und sehr viele Agrarier besitzen es, unter der
Einkommensgrenze von 2000 M. zu bleiben. Die Agrarier würden
also nach der Kommissionseinsparung noch freier werden, als es
heute schon der Fall ist. Die Wirtschaftlichen Kreise werden schon
nach der Kommission bis zu 20 Prozent, nach der Vorlage bis zu
30 M. nicht erhoben werden. Wenn dann besondere Umstände
aber ein kleiner Mann wirklich mit einem großen Gewinn macht,
so wird er im Gegensatz zu den freierden Agrariern die Steuer
schon gern bezahlen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)
Hr. Müller (Soz.): Die Ausnahmestimmung für die Bergwerks-
einkünfte ist natürlich sehr unbillig. Das Bergwerksgewerbe darf
nicht anders behandelt werden als das andere Bergwerksgewerbe.
Die agrarische Zurückweisung der Steuer enthält wieder einmal
das Spiel des schmerzhaften Wides. (Zustimmung bei den Sozial-
demokraten. Beim rechts und im Zentrum.) Dabei würde die
Steuer doch sehr leicht zu werden, wenn sie auch die Agrarier er-
fasse. Seit 1900 ist der landliche Grundbesitz infolge der Zoll-
erhebung um 31 Proz. im Werte gestiegen. (Beifall bei den
Sozialdemokraten.)

Dass der erhöhte Umsatzsteuer neben der Steuer noch drei
Jahre aufgeschoben werden soll, beweist deutlich, dass die
Trümpfe über die Verträge der Reichsfinanzministerie nur
Schön und leerer Wahn ist. (Beifall Zustimmung links, Rechts
rechts und im Zentrum.) Die Umsatzsteuer ist gerade der Ge-
heim des Reichs, und dabei ist es noch fraglich, ob das Verbot,

Umständen an der vierjährigen Vertragsdauer festhalten,
während der Arbeitgeberverband nur auf drei Jahre
abzählen will, mit der ausgesprochenen Absicht, dadurch
einen einheitlichen Ablauftermin für alle Verträge schneller
zu erreichen. Wenn der Arbeitgeberverband an drei-
jährigen Verträgen festhält, so wird aus dem Vertrags-
abstimmung überhaupt nichts werden und es dürfte dann ein
Kampf in greifbare Nähe gerückt sein. Gegenwärtig sind
beide Parteien eifrig an der Arbeit, ihre Organisation noch
weiter auszubauen. Der „Schwabenverband“ hält in vielen
Orten Propagandaveranstaltungen ab, in denen die Herren
Rohardt, Frode und Wirth ihre Programmreden halten.
Die Hamburger Arbeitgeber, die dem Norddeutschen Schwa-
benverbande nicht angehören, denen aber auch der Vertrag
vom Holzarbeiterverbandes gefolgt wurde, machen schon
jetzt gehörig Lärm.

Neu aus der Welt.

Der Hund im Automobil ein Schwindel? Aus Berlin
wird berichtet: Der „solbare“ Hund, den der Chauffeur
Angermann vor Jahresfrist in seinem Automobil machte
und der kürzlich zu lebhaften Erörterungen wegen des
Fimberlohns führte, hat sich jetzt als eine „Erfindung“
erwiesen. Das geheimnisvolle Fabel, das 40 000 Mark
und für 50 000 M. zu verkaufen sollte, hat in
Wirklichkeit nichts als — schmutzige Wäsche und einige
wertlose Scherme enthalten.

Der Mörder des Rittmeisters v. Krosigk noch nicht
erkannt. Die Untersuchung in der Norddeutsche Krosigk, die
durch die Verhaftung des Kanalarbeiters Fischer in Halle
bei Wilmstorf von neuem aufgegriffen ist, wird von der
Staatsanwaltschaft in Hannover geführt, die am Donner-
stag einen höheren Beamten nach Rosenberg zur Ver-

den erhöhten Umsatzsteuer noch drei Jahren aufzuheben, erfüllt
werden wird.

Es ist schon viel versprochen worden, ich erinnere an die
Witwen- und Waisenversicherung.

(Beifall Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Widerspruch
rechts.) Sie wollen ferner den Ertrag der Steuer für die neue
Deutsches Reichsbank verwenden, und was etwas übrig bleibt, den
armen Veteranen zuwenden. Niemand wird hier einmischen,
die Erträge der Steuer für die Veteranen zu verwenden. Auch
nicht indirekt werden wir einen Pfennig für den Veteranen zu-
wenden, der das Unglück des deutschen Volkes, das Unglück aller
Kulturen ist. (Beifall Zustimmung bei den Soz.) Wir verlangen
Bekräftigung der Veteranen in weiteren Umfang. Die Männer,
die heute als Veteranen Not leiden, haben 1870 mitgeholfen,
die Grundlage zu schaffen, auf welcher der große Wertumschlag
entstanden ist. Darum haben sie in erster Linie Anspruch auf
die Erträge dieser Steuer. Ein Paragraph, der dieses deutlich
bestimmt, muss dem Entwurf eingefügt werden. (Sehr richtig!
bei den Soz.) Was dann übrig bleibt, das muss dazu dienen, aus
der indirekten Steuern zu bestreiten, die heute so schwer auf dem
Volk lasten.

Wir sind Anhänger einer geordneten, alle Schäden der So-
zialdemokratie, vor allem die belästigenden Schäden, auf die belästigenden
agrarisches, sehr ansehnlichen Wertumschlag. Waschen Sie eine
solche mit uns, so wird das Volk sein. Es einmal geben. We-
sentlich werden Sie es so nicht tun, aber wir werden alles
daransetzen und das Volk wird und dafür seine Zustimmung geben.
(Beifall Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Dr. Weber (natl.): Der Reichstag möchte die Reichs-
finanzministerie einerseits zur Unterstützung der Veteranen,
andererseits zur Bekräftigung der Grundbesitzer beugen. Wir
um beide Zwecke zu erfüllen, dazu reichen die Erträge nicht aus.
Wir sind prinzipiell für die Wertumschlagsteuer, versprochen aber
aber von ihr nicht solche Wunderwirkungen wie die Bodenreform.
Die Wertumschlagsteuer wird dem Verkäufer auf den Erwerber ab-
gebucht werden, sie wird nicht wie jede andere indirekte Steuer,
und das Produkt, hier also das Korn, verlieren. Bedeutende
Interessen werden durch diese Steuer in schwerwiegender Weise
tangiert. Ein solches Gesetz, welches so total verhängnisvolle Verhält-
nisse, wie die der rheinischen und sächsischen Industrie, der
oberen und unteren Klassen der Agrarier, einheitlich treffen
wird, muss auf das sorgfältig geprüft werden.

Die kleinen Grundbesitzer, wie sie von der Kommission be-
schlossen sind, sollte der Reichstag dem Mittelstand doch gönnen. Der
Vorwurf, dass das Gesetz nicht weit genug geht, ist leicht erhoben,
aber die Hoffnung, dass beim schärferen Ansehen der Steuerertrags-
schicht höhere Erträge eintreiben, das ist schon oft als unbillig er-
wiesen. Von ähnlichen sich nicht, je desto höher die Einkommen
sind, desto leichter wird der Staat sein, bei der Steuer zu ent-
ziehen, desto größer wird die Zahl der Prozesse sein also.

Warum

die Bundesbeschlüsse von der Steuer befreit

sein sollen, ist wirklich nicht einsehbar. Wir begrüßen den
Kommissionensatz, der diese Befreiung befreit. Der sozial-
demokratische Antrag lehnen wir ab, weil er nicht nur den
Verbleib, sondern auch den verdienten Wertumschlag treffen soll.
Das Bergwerksgewerbe, gegen dessen Befreiung ich sehr
müde, ist kein eigentliches Eigentum an Grund und Boden. Hier
müssen keine Verhältnisse geschaffen, sonst werden auch die Ar-
beiterlöhne ungünstig beeinflusst. Deshalb werden wir mit dieser
Bestimmung zurückhalten, gegen die Sozialdemokraten, zum Wohle
der Arbeiter.

Hr. Cuno (Rp.): Den Satz in § 1: „Der ohne Zutun des
Eigentümers entstanden ist“, beantragen auch wir zu streichen,
weil eine derartige Satzstellung unbillig zu sein für ein Steuer-
gesetz ist. Es die Steuer abwärts ist, aber nicht, das ist ein
von den Verhältnissen ab. Die Verhältnisse sind festlich
werden die Steuer nicht gleich abwenden können. Werden sie aber
nicht getroffen, so leidet die Bedürftigkeit, was nicht zu wünschen
ist. Wir können nicht dafür stimmen, dass der erhöhte Umsatzsteuer
neben der Grundsteuer weiter erhoben wird. Die Kosten für die
Deutsches Reichsbank werden sich auch anderweitig aufbringen lassen.
Ein weiterer Bedenken gegen das Gesetz ist, dass es sehr hart in
die Selbstverwaltung der Gemeinden eingreift. Es erscheint
uns fraglich, ob es nach der Verfassung überhaupt zulässig ist, dass
das Reich Steuern vom Grundbesitz erhebt, um sie an die Ge-
meinden zu überweisen. Die Gemeinden haben auf diesem Gebiete
experimentiert und jetzt soll ihnen die Möglichkeit genommen wer-
den, die beste Form der Steuer zu finden. In der jetzigen Ge-
staltung der Steuer wird der landliche Grundbesitz erhöht, der
landliche besetzt. Eine so ungerechte Verteilung werden wir zu
bestreiten haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)
Das Gesetz verlangt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.
Schluss 7 1/2 Uhr.

nehmung des verhafteten Fischer entfallen hat. Wie ver-
langt, soll Fischer auch Freitag wieder betraut werden, den
Mord nicht begangen und nur in der Trunkenheit am
Mittwochabend erkrankt zu haben. Bei einer der Fischer
vorgeworfenen Hantierung fand man dessen Militär-
papiere, aus welchem hervorgeht, dass Fischer im Jahre
1901 unter Rittmeister von Gultorf bei der 2. Eskadron
der 11. Dragoner seiner Militärpflicht genügt hat, dessen
Eskadron in Stallupönen und nicht in Gumbinnen lag,
während der erschossene Rittmeister a. Krosigk der 4. Eskadron
des Regiments angehörte, die Gumbinnen als Garnisonort
hat. Es soll ferner durch die Militärbehörde festgestellt
sein, dass Fischer am dem Mordtage während des ganzen
Tages Stallupönen nicht verlassen hat. Er kann also für
die Mordtat nicht in Frage kommen und seine Aussagen
sind somit nur Wichtigtuerei gewesen.

Sonderbare Raube gegen den Staat. Im Amster-
damer Reichsmuseum wurde das berühmte Rembrandt-
Gemälde, die „Nachtwache“, durch mehrere Restaurier-
schwer beschädigt. Der Täter, ein 28-jähriger ehemaliger
Schiffschloß der Marine, namens Sigrist, wurde verhaftet.
Er gibt an, aus Rache gegen den Staat gehandelt zu
haben, weil er nach einer ärztlichen Untersuchung nicht
wieder angenommen worden war. Die dem Bilde zuge-
fügte Beschädigung besteht in einem ziemlich tiefen Stich
in der Gegend der Ruine, der vorbereiten Hauptgestalt,
ferner in der oberflächlichen Beschädigung in der Höhe der
Brust bei der ersten und zweiten Hauptfigur. Man hofft,
das Gemälde so gut wieder herstellen zu können, dass von
der schweren Beschädigung nichts zu sehen sein wird.

Schwäbisch.

Mittwoch, 18. Januar: vormittags 3.32, nachmittags 4.08

Um die Kaiserproklamation

oder

Wie Weltgeschichte gemacht wird.

Im Hauptquartier von Paris wimmelt es von müßig lumpenden regierenden und auch nicht regierenden deutschen Fürsten. Ein Regierender hat sich sogar zur Hebung seiner nationalen Gefühle bei einem jungen Schauspieler in die Kniee geworfen. Die andern, die nicht einen so müßigen Einfall gehabt hatten, zischen und tuschen über den Skandal. Die beschäftigten Fürstlichen Seiten nehmen den im Kriegsdienst stehenden Willkür Raum und Eilen fort. Aber Deutschland ist ein monarchisches Land. Die Herren von jetzt und während Gottesgnaden gehen allen voran.

Bismarck ist krank und bis zur Belümmungslosigkeit erregt. Er ruiniert sich mit Wutanfällen Magen und Galle. Napoleon III. befindet sich, aber nun steht das französische Volk in Waffen auf. Am 9. November hat es bei Coulmiers die deutschen Truppen zum Rückzug gezwungen. Im Hauptquartier werden ständig erbitterte Meinungsverschiedenheiten ausgelöst. Bismarck flucht über „englische Intrigen“, die von den Damen des Berliner Hofes gesponnen werden. Man will ihn in lächerlicher Symmetrie davor zurückhalten, Paris in Grund und Boden bombardieren zu lassen! Der preussische Kronprinz träumt für sich und seine Nachkommen romantische Kaiserthronen, ein neues liberales Mittelalter, so eine Mischung von Freimaurerei und Papsttum. Bismarcks alter Herr aber will von den Phantastiken seines Sohnes gar nichts wissen. Södet er vom deutschen Kaiserthum, so denkt er an 1848/49. Er will ein Preusse und ein König bleiben, er ist halbsarzig und gänzlich unlenkbar. Er fürchtet in der deutschen Einheit die Vernichtung Preußens.

Die Lage ist nicht unglücklich. Bismarck bedarf zur Durchföhrung seiner Politik eines schnellen Friedensschlusses. Aber zu dem Frieden braucht er wieder ein „einiges Deutschland“. Doch dieses Deutschland will nicht einig werden — trotz der glänzenden Siege. Die Potentaten ärgern für ihre Thronen und die deutschen Stämme misstrauen den preussischen Vätern. Wenn Wilhelm nicht deutsch werden will, so mögen die Deutschen noch weniger preussisch werden. Die Verhandlungen sind endlos, unter welchen Bedingungen und Zugeständnissen die Kriegserklärung vonstatten gehen dürfe.

Die Ziele und die Mittel der Bismarckschen Politik werden seit Jahren mit einer ebenso sicheren wie unburchseligen Konsequenz festgehalten. Die Verpreussung Deutschlands muß erreicht werden, aber es soll wie ein einziges Deutschland wirken. Bismarck spielt die Rolle des fähigen Mannes, der durchaus nicht dänigen mag, dem die Annäherung Süddeutschlands Wunsch ist. Er hat überall seine Agenten, sein schreibendes Gefolge wird auf jeden losgelassen, der sich seinen Vätern widersetzt. Man arbeitet ebenso mit nationalen Redensarten, wie mit einschüchternden falschen Nachrichten, wie mit verdächtigen Stiefbriefen gegen die Süddeutschen. Die Süddeutschen werden einzeln vorgekommen und niemand weiß vom andern. Baden ist durch seinen Großherzog ein gefälliges Werkzeug. Das kleine Hessen hat sich ohne Zugeständnisse ergeben. Nun ist Württemberg daran. Das verlangt Begünstigungen. Noch schlimmer sieht es in Bayern, die schwarze Euphorie ist geschwunden als die schändlichen Demokraten, und Ludwig II. hat nicht minder phantastische Nachfolge als der preussische Kronprinz; schließlich waren die Wittelsbacher doch schon von Gottes Gnaden, als die Hohenzollern irgendwo im Dunkel

hausten! Aber mit Württemberg wird man fertig werden; seine leitenden Männer sind für Preußen reif.

Es ist im Mai 1868. In Berlin unterhält sich der Chef des württembergischen Generalstabs, Sudow, mit Bismarck über die Möglichkeiten eines Krieges mit Frankreich. Was soll Württemberg bei einem Einbruch der Franzosen tun? fragt Sudow. Bismarck erwidert abweisend, da müsse er erst fragen, was Württemberg zu leisten imstande sei, er halte seine Leistung nicht nur für schwach, sondern auch für unzuverlässig. Bismarck schreibt dann Sudow in sein Tagebuch, weil bei einem Kriege gegen Frankreich die Vereinigung Süddeutschlands von sich und behandelt es als Vorglaci und Kriegsschauplatz, da auf falsche Bundesgenossen keine Rechnung zu stellen ist. Noch schroffer äußert sich Bismarck in jenen Tagen zu Sudow: „Militärisch ist die Verbindung mit dem Süden keine Verstärkung für uns, strategisch genommen, und politisch haben wir kein Bedürfnis, uns mit den heterogenen Elementen im Süden zu verschmelzen, wo man nicht weiß, ob die Partikularisten oder die Demokraten die Ägeren Fennebe sind.“

Jetzt ist Württemberg mürbe. Am 11. November 1870 wollen der württembergische Minister Wittenbach und Sudow die Verträge mit dem Norddeutschen Bund unterzeichnen. Unmittelbar vorher erhalten sie ein Telegramm aus Stuttgart, „Seine Majestät befehlen, daß, ohne die Bayern abgeschlossen wird, Bericht erstattet und ausdrücklich Erlaubnis eingeholt werden muß, keinesfalls auf anders verfahren werden.“

Bismarck rasi. Der württembergische Hof hat ihm in letzter Stunde seinen Plan durchkreuzt. Er wollte durch schnelle Vertragsabschlüsse mit Württemberg das besonders schwierige und begehrliche Bayern völlig isolieren und so geistig machen. Nun muß, um Württemberg zu isolieren, mit Bayern unter allen Umständen abgeschlossen werden. Diese Zwangslage rettet Bayern eine gewisse Selbständigkeit.

Es scheint, als ob man schon beim Ausbruch des Krieges Bayern Verprechungen wegen territorialer Vergrößerung gegeben hat. Jetzt bei den Einheitsverhandlungen verlangt Ludwig II. Belohnung als Belohnung für geleistete Kriegsdienste. Ludwig beansprucht für Bayern die Erweiterung der Rheinpfalz. Bayern ist für Bismarck der stärkste und anpruchsvollste Gegner, aber die schon damals wunderliche Gemütsart seines Königs bietet doch auch die Gelegenheit, durch geschickte persönliche Einwirkung mehr zu erreichen, als durch Verhandlungen mit den Ministern. Hatte doch Ludwig über den Kopf seines Ministerpräsidenten, des preussenscheindlichen Grafen Brann, schon die Mobilmachung verfügt, nicht ohne zugleich ängstlich nach Berlin an Wilhelm zu schreiben, er hoffe nicht, beim Friedensschluß mediatisiert (enthronen) zu werden. Seine Stimmung bleibt aber argwöhnisch. Zu Sedan hatte er versagt, daß nur bayerisch, oder wenn es besser ist, gar keine Fahnen auf den Regierungsgedäuben angebracht würden; ein gnädiges Regenwetter gab der Regierung die Möglichkeit, mit der Kasse die Unterlassung zu entschuldigen. Jetzt fordert man den König mit Verprechungen, seine Belohnung zu erfüllen. Bismarck wachte wohl, was er tat, als er Preußen auf Elb-Bothringen verzichtete und es dem Reich überantwortete. So brachte er das Reichsland tatsächlich unter die preussische Regierung, verhinderte aber den Kampf um den Anteil der Beute zwischen den Eingelassenen. Und als später Bismarck den

deutschen Fürsten vorsting, Weichenburg an Bayern abzutreten, da hatte er keinen Zweifel, daß die Rivalen Bayerns das verweigern, ihn also an der Erfüllung seines Versprechens hindern würden.

Auch eine zweite Errungenschaft Bayerns, auf die Graf Bray besonders stolz, war nichts wie eine Bismarcksche Fopperie. Ludwig II. erzielte eine Art Kontrolle über die auswärtige Politik des Reichs. Dazu sollte der diplomatische Ausschuss dienen, in dem Bayern den Vorherrschaft über Preußen ausgeschlossen war. Darauf ging Bismarck bereitwillig ein. Der diplomatische Ausschuss kam in die deutsche Verfassung, aber trat nie ins Leben.

Ludwig II. mußte noch eine weitere Mission übernehmen. Da Wilhelm I. die Annahme einer Kaiserkrone verweigert hätte, die das Parlament andot, so mußte der dem preussischen Herrscher im Range nächste, also der Bayer, die Kaiserwürde anbieten. Aber Ludwig war in seiner Menschlichkeit durch keine Vorstellungen zu bewegen, nach Versailles zu reisen. So kam eine der größten Missleistungen der Weltgeschichte zustande. Wilhelm I. zog es vor, ehe er sich etwa vom Reichstag zum Kaiser krönen ließ, brieflich sich zum Kaiser von Gottesgnaden vorzuschlagen zu lassen. Bismarck schrieb den Brief, Ludwig unterzeichnete ihn. Sein Oberstallmeister, ein Werkzeug Bismarcks, war der Bote. So wurde die schreckliche fauler Zeit endlich brieflich geheißt. Für diese briefliche Kurpfuscherei ließ sich Bayern anständig bezahlen. Der Preis für die Unterzeichnung war die anfangs von Preußen hartnäckig verweigerte Selbständigkeit der bayerischen Arme.

Am 23. November kam der Vertrag mit Bayern zustande. Nun konnte sich auch Württemberg nicht mehr wehren, zwei Tage darauf hinterte es auch in den deutschen Bund nach; der Schwabenspiegel hatte den Vertrag wortlos unterzeichnet und später äußerte er seine Reue über die Zugeständnisse, die man Preußen gewährte. Noch kurz vor der Kaiserkrönung ersuchte Prinz Leopold im Auftrag seines königlichen Vaters, daß man auf die Aufnahme des Bismarcks gegen den Bundesfeldherrn in den bayerischen Fahnenreiß verzichtete möge; Leopold verwies auf die große Mithimmung in Bayern, „weil man Alternierung (Wechsel) der Kaiserwürde zwischen Bayern und Preußen gehofft hätte“. Wilhelm lehnte diesen Wunsch glatt ab.

Die groteske Komödie des bayerischen Kaiserbriefs spielt in den Reichstag hinein. Am 5. Dezember 1870 richtet ein Abgeordneter die bestellte Anfrage an den Ministerpräsidenten, was es mit den Gerüchten über die deutsche Kaiserkrönung auf sich habe. Minister Delbrück holt ein Blatt Papier hervor und verliest dann mit trockener Bureaukratenstimme jenen erhabenen Kaiserbrief Ludwig II. Der welthistorische Akt vollzieht sich so unglaublich komisch, daß das hohe Haus in Gelächter ausbricht. Das Gelächter hätte sich wohl etwas gewandelt, wenn das hohe Haus das Bedürfnis empfunden hätte, den bayerischen Kaiserbrief in Augenschein zu nehmen. Denn es war gar kein Brief Ludwig II., sondern das Papier war die einfache Abschrift des von Ludwig II. noch gar nicht unterzeichneten Entwurfs Bismarcks, und der gewissenhafte Absreiber hatte sogar mit großen Buchstaben an den Kopf des Blattes den Urheber des Textes mit abgeschrieben: Bismarck. Inzwischen allerdings hatte auch Ludwig seine Unterzeichnung unter den Brief gesetzt und ihn an die deutschen Fürsten verschickt. Aber er hatte den Text verändert, und so kam es, daß die deutschen Fürsten zu

Aus dem Matrosenleben.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(10. Fortsetzung.)

Will wahrhaftig viel zu klug, um nicht mit einem einzigen Blick die ganze Gasse zu übersehen, denn er wachte recht gut, daß der Steuermann hier in dies Lokal nicht allein hereinkommen würde, ohne jedenfalls nach Hilfe, am Ende gar Polizei bei sich zu haben. Dabei hatte das Zimmer nur eine Tür, und war die — und wie konnte es anders sein — beschloß, so befand er sich allerdings in einer Falle, die ihn um so mehr ärgerte, da ihn sein eigener fabelhafter Reichtum hingeführt. Für den Augenblick ließ sich noch dazu gar nichts tun, seine Lage auch nur im geringsten zu verbessern. Er konnte seine Hände nicht einmal aus der Taille bekommen, so drängte das Volk um ihn her, denn der Kampf nahete sich seinem Ende: Kelly hatte schon ein, Sally zwei blaue Augen, und die letztere empfing gerade unter dem beständigen Surren der Wälle einen letzten entscheidenden Schlag, der sie wie tot zu Boden warf.

Will interessierte sich aber nicht im mindesten mehr für den Kampf; seine eigene Lage nahm seine Aufmerksamkeit viel zu sehr in Anspruch, und wach war er den Blick umher, jede nur irgend günstige Gelegenheit zu seinem Vorteil zu benutzen.

Der Mate hatte indessen mit Charles eine Art telegraphischer Doppelde unterhalten, worin er ihm bemerkbar machte, daß einer der geliebten Leute hier in der Mitte des Zimmers lag. Zugleich gab er ihm dabei zu verstehen, daß er einen großen Vorrat habe. Will sah das alles selbst mit an. So gern er aber auch seinen Feind mit eigenen Augen kennen gelernt hätte, wagte er doch nicht den Blick dorthin zu wenden, und wäre am liebsten in dem Meer von Köpfen, das ihn umgab, untergetaucht, wenn er sich auch nur einen Zoll hätte bewegen können. Aber jetzt eingeklinkt stand er da, und der Mate warf dem Polizeibeamten einen triumphierenden Blick zu. Will war ihm sicher.

Gerade in diesem Augenblick machte Kelly noch einen

Ausfall auf die schon gefallte Feinde. Das war aber zu unritterlich, als daß es die Umstehenden hätten zugehen sollen, und sie warfen sich zwischen sie. Dadurch bekam Will wenigstens so viel Luft, die Hände aus den Taschen zu ziehen und sich selber niederzulegen. Zu gleicher Zeit nahm er einen verzweifelten Anlauf gegen die Beine der ihm Umstehenden — es blieb ihm kein anderer Ausweg mehr, als mit Gewalt durchzutrommen, wachte er doch recht gut, daß jeder verläumdete Augenblick seine Gefahr nur immer noch vergrößerte. Wie ein unter Wällen Fortschwimmender hielt er dabei gerade den Kurs auf die Tür zu, obgleich er das Schlimmste von den draußen stationierten Konstablern fürchtete. Er konnte aber nicht anders und vertraute jetzt nur seinem guten Glück.

So wie aber der Mate diese Bewegung des Flüchtlings bemerkte, von der er augenblicklich den richtigen Grund erriet, schrieb er dieses dem Polizeibeamten zu, und da er wohl merkte, daß der in dem Heidenrath sein Wort versetzen konnte, suchte er ihm die Absicht ihres Opfers panatomisch begreiflich zu machen. Aber auch dieses hatte seine Schwierigkeiten, denn er mußte sich mit der Hand am Fenster festhalten, und durfte sich auch nicht tief bücken, sonst konnte ihn Charles nicht sehen. Durch diese unbehagliche Stellung wurde er gezwungen, die wunderlichsten und entsetzlichsten Bewegungen zu machen, so daß Charles ganz erstaunt zu ihm hinüber sah und gar nicht begreifen konnte — oder wollte, was das Alles eigentlich zu bedeuten habe.

Das rettete Will — gerade in diesem Augenblick glitt er wie eine Schlange, obgleich unbewußt, an den Beinen seines gefährlichsten Gegners vorbei, der schon die Handhabe für ihn gefaßt hielt, und war im nächsten Moment auf der Straße — in Klingstr. Klingstr. hinaus in alle kleinen Quersassen, die er aufstreifen konnte, und spornstreich nach seinem Versteck zurück, tief erschöpft, dieses von jetzt an mit keinem Schritt wieder zu verlassen.

Der Steuermann vom Vorrat wollte erst gar nicht glauben, daß ihnen der Matrose empfangen sein konnte; es war aber doch so, und er tröstete sich zuletzt damit, er habe

sich am Ende gar getäuscht, und Will sei das gar nicht gewesen. Es war auch nicht wahrscheinlich, daß sich dieser öffentlich und allein herauswagen sollte — und doch hatte er ihm erstaunlich ähnlich gesehen.

Von hier aus gingen sie noch einmal in das Schalkspeer-Haus zurück. Hier schien indessen Alles in vollem Gang; das Theater war gerade aus, und zu den jetzt vereinigen Tönen des Klaviers und der Violine — die wunderbarer Weise zusammen stimmten — drehten sich die flüchtigen und mitunter auch sehr gräßlichen Paare in Quadrillen und Kontretzen. Alle Sofas waren besetzt, alle Stühle und Tische von Menschen beiderlei Geschlechts in Beschlag genommen, und eine ungeheure Quantität von Brandy und Portwein wurde verteilt.

Für ihren Zweck fanden sie aber nichts, weder noch nebeneinander, und verließen bald darauf Klingstr., wo sie erst einmal ein Stück in Gorgestret hinaufgingen, um sie ein besonderes Haus an der Ecke von George- und Klingstr. im Auge hatten.

Es war dies ebenfalls ein Schenktisch, aber zugleich mit einer Art Abendunterhaltung. Sie gingen durch die Schenktische und ein paar Stufen hinauf in ein anderes saalartiges Zimmer, sehr einfach mit hölzernen Säulen und Tischen möbliert und im Hintergrund mit einer Art schmaler Bühne, in dessen einer Ecke ein Klavier traurig auf drei Beinen stand und von einem jungen Virtuosen in einem abgetragenen blauen Frack „bespielt“ wurde. Die musikalische Abendunterhaltung war aber nicht zum Tanz eingerichtet, sondern hatte einen höheren, geistigen Zweck, der sich ihnen bald offenbaren sollte.

Auf die Bühne trat eine Gestalt in einem Charakteranzug, für die Person aber jedenfalls höchst passend gewählt. Sie war in einem zerfetzten Frack, an dem bedenklichen Teil stark beschädigte Beinkleider und einen eingebrochenen Hut nebst schiefgetragenen Schuhen gekleidet, und sang ein komisches, sehr langes und unverständliches Lied, das bei dem Publikum den unbegrenztesten Beifall fand. Das letztere bestand zur Hälfte aus Matrosen und Handarbeitern

gleicher Zeit zu ihrem größten Erfolge den Text des Kaiserbriefes in der Zeitung lesen konnten, wie er im Reichstag mitgeteilt worden war, und den anderslautenden Brief des bayerischen Königs originaliter empfingen. Die ganze Geschichte war hinter den Rücken der deutschen Bundesfürsten und namentlich auch der Hauptperson, Wilhelm I., fertig gemacht worden. Als Wilhelm ahnungslos von dem Genuß erfuhr, rief er unwillig: „Was soll mir der Kaiserbrief mehr?“

Sehr viele war der König von Sachsen, daß das Kaiserangebot so ganz persönlich und geheim zwischen Ludwig und Bismarck durch private Vertrauenspersonen erledigt worden war, und er beauftragte seinen Minister von Treben, Bismarck zu sagen, „daß der König sich gekränkt fühlen müsse.“

Am 1. Januar 1871 sollte das deutsche Kaiserreich programmäßig fertig sein. Aber die sächsischen Kammeren durchkreuzten die Absicht. Der Stützpfeiler „Beobachter“ warnt vor der Annahme der Verträge, deren ganze Wirkung sein würde: „mehr zahlen, länger in den Kassen bleiben, nichts dazugewinnen haben.“ In der württembergischen Kammer löschte Moritz Vogel sehr zurechtfindend von der „preussischen Einheit“. Inmitten kommen hier die Verträge noch vor Jahreschluss mit 74 gegen 14 Stimmen in der zweiten, mit 26 gegen 3 Stimmen in der ersten zustande.

Viel schwieriger gestalten sich die Dinge in Bayern. Die bayerische Kammer setzt in aller Ruhe einen Ausschuss zur Beratung der Verträge ein, in dem 11 liberale und ein demokratischer Gegner sitzen, aber nur drei Anhänger. Der Ausschuss lehnt dann auch die Annahme ab und fordert weitere Verhandlungen. Im Reichstag erklärte Prinz Ludwig, der später die Kaiserkrone trug, daß er nur mit schwerem Herzen für die Verträge stimmen könnte. Preußen habe sich nie entschließen können, Deutschland irgend ein Opfer, auch ein noch so kleines, zu bringen, daselbst Preußen, das uns jetzt so furchtbare Opfer zumutet! 1866 habe Preußen Deutschland zerstückelt. Durch die Verträge sei Deutschland kein Bundesstaat, sondern eine Hegemonie (Staat mit preussischer Übergewalt). Aber er fordere Gebietsveränderungen für Bayern. Das sei im Interesse Deutschlands. Wenn Bayern nicht Gebiet am Rhein zu verteidigen habe, werde es weniger versucht sein, „das preussische Beispiel von 1866 nachzuahmen und im Bunde mit dem Auslande Verhältnisse zu lösen, die manchem unersichtlich scheitern werden.“ Am 30. Dezember nimmt der Reichstag gegen drei Stimmen die Verträge an.

Der Ausschuss der zweiten Kammer aber beendet seine Arbeiten erst am 4. Januar. Am 11. Januar beginnen die Kammerberatungen, die lebensgefährlich erregt sind. Der Würzburger Bibliothekar Ruland nennt die norddeutsche Verfassung, „das Band, das die unterjochten Stämme an die Krone Preußens binden und fesseln soll“. Der Passauer Abokat Wiesner meint, man werde es noch so weit bringen, daß die Bayern aus ihrem Vaterlande auswandern müßten. Der Würzburger Pfarrer sagt, Preußen habe 1870 „einen Krieg eingeleitet, der an Barbarei alles übertrifft, was dazwischen liegt“, der König der Württembergischen Krone dürfe nicht geschwächt werden, der schon gekränkt habe, „daß das bekannte Bankgeheimnis den hohenzollernschen Thron in die Welt einführt“. Nur der Umstand, daß drei Gegner des Vertrags krank sind und fehlen, bringt die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Verträge zustande; es sind nur zwei Stimmen über die notwendige Anzahl!

Aber noch sind nicht alle Hindernisse beseitigt. Das letzte größte Hindernis ist noch zu überwinden, die Zollfrage. Kaiser von Deutschland oder Deutscher Kaiser, darüber entspringt sich ein nicht zu schlichtender, heftiger Streit. Mit jeder Stunde, mit dem er sich dem verhängnisvollen 18. Januar nähert, wird Wilhelm I. halbtot. Wenn er schon Kaiser werden soll, dann will er „Kaiser von Deutschland“ heißen. Noch am Morgen des 18. Januar weiß man nicht, unter welcher Firma man die Kaiserproklamation vollziehen soll. Am dem großen Tage ist alles helllos verdrängt. Am wenigsten Sinn hat Bismarck für das

aus der Stadt, und zur andern aus Dörfern, die wie in all' den anderen derartigen Häulen hinstürzten, um ihre Zigarren zu rauchen, ihren Brand zu trinken und Befehlsbefehle anzuhängen. Es waren widerliche, freche, ekel-erregende Gesichtsgehalte.

Auch hier fanden sie Reinen ihrer Leute. Gerade aber als sie wieder aus der Tür auf die Straße traten, rannte in ziemlicher Eile ein junger Bursch gegen den Mate des Phönix an und wollte eben mit einer Entschuldigung ausweichen, als dieser sein Gesicht zu sehen bekam und rasch zugriff.

„Hallo Smith“, rief er dabei aus, „ich bin höllisch froh, dich hier so zufällig zu finden; habe schon einen langen Spaziergang dir zu Liebe gemacht. Mr. Charles, ich möchte Sie einmal um Ihre Handflächen bemühen.“ Charles war rasch damit bei der Hand, der arme Teufel von Matrose aber, der hier so plötzlich dem Feind in den Rücken gerannt war, wollte wenigstens noch einen letzten Versuch machen, zu entweichen. Sie deshalb auf seine raschen Beine verlassend, rief er sich rasch von dem Mate, der davon gar nicht mehr dachte, los und sprang Ringreiter hinaus. Die Straße war aber hier hell erleuchtet, und an den Ecken von Ring- und Reiterreit stand ein wahres Heer von Constablen. Der Alarmruf wurde gegeben, die Straße war augenblicklich besetzt, und fünf Minuten später befand sich Smith in den Händen und Handgelenken des Polizeibeamten Charles von der Sidney-Wasserpolizei.

Es war indessen schon ziemlich spät geworden, und Charles ging mit seinem Gefangen zu seiner Station hinunter. Die beiden Streuteile wollten aber erst noch einmal zu dem besprochenen Sammelplatz hinaus, wo sie Weiteres von den übrigen Dörfern der Gerechtigkeit und ihren eigenen Kameraden über den Verlauf und das „Glas“ des Abends hören sollten.

Wie errödet bald den bestimmten Versammlungsort, wo sie die Verlegenheit ihrer harrend fanden.

Vom Bureau war ein Transiße unten am Wasser eingefangen, von dem Phönix noch ein anderer, und drei

Gänge; er hat niemals viel von der romantischen Kaiserkrone des Kronprinzen gehalten. Ohne jeden inneren Schwung wird der Akt heruntergeleitet; man mag den Hergang in dem Tagebuch des Kaisers Friedrich nachlesen.

Wilhelm fühlt sich nach der Aktion wie in der Beschöpfung nach einer schweren Operation, von der man noch nicht recht weiß, ob sie gelungen sei. Und an seine Frau schreibt er:

„Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion (verbrechlichen Gemütsstimmung) ich in diesen letzten Tagen war, teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, teils und vor allem über den Schmerz, den preussischen Titel verdrängt zu sehen! In einer Konferenz gestirnt mit Frhr. Bismarck und Schlieffen war ich zuletzt so moros, daß ich drauf und drauf war, zurückzutreten und Frhr. alles zu übertragen.“

Das ist das Weiden von — Welgeschickte!

Tafales.

Bant, 17. Januar.

Die Hunde sind jetzt bis spätestens zum 1. Februar in allen Gemeinden des Herzogtums, in welcher eine Hundesteuer besteht, zur Bekämpfung auf dem Gemeindebureau anzumelden. Hier beträgt die Steuer acht Mark für jeden ersten und 20 Mk. für jeden weiteren Hund.

Im Variété Odéon geht gegenwärtig das Adreer Ballet-Ensemble, Dir. J. Huppert: ein lustiges, munteres Wäldchen solcher Damen und guter Musikanten. Stauenswerte Leistungen vollbringt Herr Betty als Original-Stuhl-Equilibrist und Zahnarzt, wofür ihm lebhafter Beifall wird. Außer zwei Vollen unterhält der Rino mit einer Reihe von Bildern das Publikum, jedoch an Unterhaltung in dem reichhaltigen Programm nichts fehlt.

Wilhelmshaven, 17. Januar.

Der Fahrkartenverkauf für die Westküste wird von jetzt ab beim Torpedo-Resort ebenfalls so gehandhabt wie in Bant. Die Reservatskarten und Kartennummern brauchen also nicht mehr genannt zu werden. Es müssen dagegen die Wagen-Nummern, die Anzahl der gewünschten Karten und, so weit es notwendig ist, die Strecke oder die Züge angegeben werden, für welche die Karten gelten sollen. Jeder Benutzer der Westküste ist verpflichtet, selbst kein Reservats- und die Kontrollkarten-Nummer auf seine Fahrkarte (Kilfette) aufzukleben. Die Ausgabe von Fahrkarten für verlorenen 15 Pf. fällt aus beim Torpedo-Resort fort. Für verlorene Karten müssen daher Ersatzkarten zum vollen oder vom 15. jeden Monats ab zum halben Preise gelöst werden.

Eine reichsgesetzliche Regelung des Waffentragens ist Gegenstand von Erwägungen an den zuständigen Stellen. Trotzdem aber darf man annehmen, daß dem Reichstag in der gegenwärtigen Legislaturperiode eine Gesetzesvorlage auf diesem Gebiet nicht mehr zugehen wird. Denn einmal ist die gegenwärtige Session mit gesetzgeberischen Maßnahmen schon überaus reich in Anspruch genommen und außerdem ist die ganze Materie gegenwärtig zu einer gesetzlichen Regelung auch noch nicht reif. Preußen hatte zuerst beabsichtigt, das Waffentragen durch Landesgesetzgebung zu regeln. Man hat sich jedoch entschlossen, dies der Reichsgesetzgebung zu überlassen, weil die Ausdehnung auf das Reichsgebiet naturgemäß eine umfassendere Wirkung haben muß. Die beteiligten Kreise, nämlich die Waffenindustrie, der Waffenhandel und die Jagdschützenvereine haben bereits wiederholt zu der Frage Stellung genommen und sich in Eingaben an die Reichsregierung gemeldet. Ueberwiegend gehen die Vorschläge dahin, daß der Verkauf von Waffen nur an Personen gestattet sein soll, die sich im Besitze eines amtlichen Waffenscheines befinden. Andererseits wird auch beantragt, den Waffenhandel konsessionspflichtig zu machen

Waffen von einem schon länger eingelaufenen Waffschlänger. Man hatte aber sonst nichts als die Plätze durchschleudert, wo den Polizeileuten, wie sie sagten, gewisse Runden ausgegangen, daß sie heimlich verstreute Waffen finden sollten. Wie sie meinten, war ihnen der auf den Gang gesetzte Preis noch nicht hoch genug, denn sie könnten nicht anders hinter ihre Schlupfwinkel kommen, als wenn sie die Leute, die sie verstreut hielten, beschaffen, ihnen selbst den Zutrittstort anzuzeigen. Das kostete natürlich viel Geld, und wollten die Kapitäne nicht so viel anwenden, so sollten sie nur noch „ein bisschen Geduld“ haben. Mit der Zeit hofften sie schon alle wieder zu bekommen.

Mit der Zeit! — das konnte aber noch vier bis sechs Wochen dauern, und sie wussten recht gut, daß die Schiffe dann das Zehnfache an Unkosten haben würden. Sie bezweckten aber auch damit, was sie wollten. Die Kapitäne waren gezwungen, höhere Belohnungen auf den Einlang der wegelaufenen Leute zu legen.

Wie sie auf ihre Schiffe zurückkehrten, mochte es schon ein Uhr morgens sein, und die Straßen waren still und öde. Einzelne Konstabler gingen langsam auf und ab, und ihre Schritte hallten von den hohen Gebäuden wider. Nur nach unten, nach dem Wasser zu zeigte sich der helle Schimmer weiblicher Kleiderstücke. Es waren zwei Frauen, die betrunken auf einem Haufen dort gebrochener Steine lagen und ihren Rausch ausschließen. Da sie keinen Rausch mehr machten, liegen die Konstabler sie ruhig liegen.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Unter Hausorgel, Monatschrift für Gesundheitspflege, Erziehung und Bildung, herausgegeben von Dr. med. E. S. Reibhaar, Berlin. Preis vierteljährlich 75 Pf. bei allen Buchhandlungen und 60 Pf. (ohne Bestellgeld) bei allen Postämtern. Probehefte werden kostenfrei der Geschäftsstelle (S. Eichler) Berlin SO. 16.

Reinharderode, illustrierte Monatschrift, Verlag John Henry Schwinn, Berlin W. 57. Die neueste Nummer ist schon erschienen. Abonnements auf „Reinharderode“ zu nur 60 Pf. pro Quartal bei allen Buchhandlungen und Postämtern. Gratis-Probemonat durch Erster und den Verlag John Henry Schwinn, Berlin W. 57.

durch eine entsprechende Verringerung der Gewerbeordnung. Einer solchen Regelung steht jedoch ein erheblicher Teil der Waffenindustrie sehr ablehnend gegenüber.

Neuengroden, 17. Januar.

Hausbesitzerverein. Bei der am Sonntag stattgefundenen außerordentlichen Versammlung des Hausbesitzervereins wurde der Beschluß gefaßt, in allen Mitteln die Verbreitung und Verbesserung der Realitätsfrage durchzuführen. Leider ist es der Realist. Fortifikation unmöglich, die Straße so in Ordnung zu halten, wie es sein müßte, da ihr anschließend hierzu die Mittel fehlen. Es soll nun darauf gedrungen werden, daß das Schienengleis entfernt und die Straße um so viel verbreitert wird. — Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, 4. Februar, abends 8 Uhr, in Rätertel im Restaurant zur Schönen Aussicht statt.

Aus dem Lande.

Dangasfermoor, 17. Januar.

Die öffentliche Versammlung, die am Sonntag im „Rästen Bismarck“ tagte, war von über 80 Personen, darunter eine Anzahl Frauen, besucht, so daß der Saal gedrängt gefüllt war. Die Ausführungen des Landtagsabgeordneten Ad. Schulz wurden mit Beifall aufgenommen. Der Sozialdem. Wahlverein kam mit dem Erfolg der Versammlung sehr zufrieden sein, gewann er doch auch mehrere Mitglieder.

Barel, 17. Januar.

Eine Stadtratsitzung findet am Freitagmorgen 5 Uhr mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wohl des Vorliegenden des Stadtrats. 2. Bewilligung von Mitteln für den Bau von Arbeiterwohnungen — zweite Sitzung — 3. Erhöhung des Schulgebäudes in der Realstraße von 1911 ab und Einrichtung einer Parallelstraße.

Die schwarze Sklaverei, Drama einer Asiarin, ist der neueste Schöpfung, der überall Aufsehen erregt. Das Metropol-Theater hat sich diesen Film für Mittwoch bis Freitag gesichert, worauf wir hierdurch hinweisen.

Oldenburg, 17. Januar.

Konservativ - sozialdemokratisches Stichwahlabkommen. Die liberale Presse macht momentan ein großes Geschrei über ein Stichwahlabkommen zwischen Sozialdemokraten und Konservativen für den Wahlkreis Sagan-Sprottau. Die „Morgenzeitung“ bringt den Bericht unter „Eingefangen“. Die ganze Erzählung beruht auf dreier Erfindung. In diesem Wahlkreis kam es 1907 zu einer Stichwahl zwischen Freiliegenden und Konservativen, in der unsere Genossen den Ausschlag gaben. Das sozialdemokratische Wahlkomitee legte den beiden Stichwahlkandidaten die bekannten Mindestforderungen vor: 1. Gegen jede Verfassungsänderung des Reichstagswahlrechts; 2. gegen jede Beschneidung des Realisationsrechts; 3. gegen jedes wie auch immer geartete Ausnahmegefeß. Beide Kandidaten landten die schließliche Erklärung ein, daß sie im Fall ihrer Wahl für diese Forderungen eintreten würden. Das sozialdemokratische Wahlkomitee erließ dann einen Aufruf, in dem Stimmenthaltung proklamiert wurde. In diesem Aufruf hieß es ausdrücklich: „Zu diesem Beschluß ist das Wahlkomitee gekommen, weil das Verhalten und das Programm der beiden in Frage stehenden Kandidaten eine Unterstützung unsererseits einfach nicht zuließ.“

Der konservativ Kandidat v. Bolfo ist schließlich gewählt worden, er kann aber höchstens 450 sozialdemokratische Stimmen bekommen haben, während dem Freiliegenden mindestens 2000 Stimmen zugefallen sind, der Rest der sozialdemokratischen Wähler hat Stimmenthaltung gewählt. — Nun wird weiter behauptet, daß ein Führer der Sozialdemokratie, ein gewisser Hädel, mit dem konservativen v. Bolfo verhandelt und ihm Wahlunterstützung versprochen habe. Daß Hädel das gemacht hat, ist möglich, er war aber kein „Führer“, ja nicht einmal Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins, kann also nur auf eigene Faust gehandelt haben. Jedenfalls hatte weder das Wahlkomitee noch irgend ein Mitglied der Partei mit den Konservativen irgend welches Abkommen getroffen. Die liberale Erzählung von dem sozialdemokratisch-konservativen Wahlbündnis entspringt also als edel liberaler Schwindel.

Zur Verfügungsangelegenheit in Sandbatten ist nach den Nachrichten nur so viel als richtig anzunehmen, daß ein junger Landwirt in Sandbatten ist, weil er in Verdacht steht, der Wirtin Verleumdung zu haben, um damit einen Abtreibungsversuch zu machen. Die von gewisser Seite gerührte Stillschließung auf dem Lande ist hier mal wieder in die Brüche gegangen. Wie der Verdächtige des Verhafteten erklärt, ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Die Einnahmen aus dem Personen- und Güter-Verkehr der Oldenburgischen Eisenbahnen (ausf. Oldenburg-Wilhelmshaven) betragen nach vorläufiger Ermittlung:

1. aus dem Personen-Verkehr:	2. aus dem Güter-Verkehr:
im Debr. 1910 . . . 289 030 Mk.	im Debr. 1910 . . . 772 220 Mk.
1909 . . . 357 410 „	1909 . . . 657 090 „
Mindeereinnahme 1910 48 550 Mk.	Mindeereinnahme 1910 115 230 Mk.
vom 1. Januar bis Ende	vom 1. Januar bis Ende
Debr. 1910 . . . 4 616 260 Mk.	Debr. 1910 . . . 8 970 100 Mk.
1909 . . . 4 420 100 „	1909 . . . 8 211 210 „
Mindeereinnahme 1910 186 160 Mk.	Mindeereinnahme 1910 758 890 Mk.

Für die Wilhelmshaven-Oldenburg Eisenbahn wurden nach vorläufiger Ermittlung verzeichnet:

1. aus dem Personen-Verkehr:	2. aus dem Güter-Verkehr:
im Debr. 1910 . . . 70 450 Mk.	im Debr. 1910 . . . 101 470 Mk.
1909 . . . 72 570 „	1909 . . . 88 890 „
Mindeereinnahme 1910 2 120 Mk.	Mindeereinnahme 1910 12 580 Mk.
vom 1. Januar bis Ende	vom 1. Januar bis Ende
Debr. 1910 . . . 1 002 120 Mk.	Debr. 1910 . . . 1 194 420 Mk.
1909 . . . 950 600 „	1909 . . . 1 102 000 „
Mindeereinnahme 1910 51 520 Mk.	Mindeereinnahme 1910 91 520 Mk.

Oldenburg, 16. Januar.

Wichtig, Parteigenossen und Genossen! Wir machen nochmals auf die am Mittwoch abend 9 Uhr bei Frohn, Rappenburger Straße, stattfindende Wahlvereinsversammlung aufmerksam. Auf der Tagesordnung befinden

Otto Beckers grosser Inventur-Räumungs-Verkauf

Streng reell!

dauert bis zum 23. Januar.

Bekannt billige Preise!

Auf Herren-, Jünglings- und Knaben-Anzüge, sowie Paletots gewähre **20 Proz. Rabatt!**

Ganz besonders billige Vosen, wie Hüte, Mützen, Hosens, Unterzeuge, Schlüpf, Sportvorhemden, Decken usw. werden aus den Fenstern verkauft.

Es kommen keine Namishwaren, sondern nur gute bewährte Qualitäten zum Verkauf. :: Der weiteste Weg ist lohnend.

Otto Becker :: Bant, Wilhelmsh. Str. 56.

BURG HOHENZOLLERN

Ausser Abonnement! Erhöhte Preise!
Mittwoch den 18. Januar d. J., abends 8 Uhr

Einmaliges Gesamt-Gastspiel

Adele Sandrock

mit K. K. Hofburgschauspielerinnen
mit Ensemble Berliner Bühnenkünstler

MEDEA

Trauerspiel in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer.

Vorverkauf in „Burg Hohenzollern“

Preise der Plätze.

Loge u. Parkett . . . 3.50	Loge u. Parkett . . . 4.00
Sperrsitze u. Balkon . . . 2.00	Sperrsitze u. Balkon . . . 2.50
Saal unten . . . 1.25	Saal unten . . . 1.50
Gallerie . . . 0.75	Gallerie . . . 1.00

NB. Die im Umlauf befindlichen **Dauer- und Zehnertkarten** zu den Gastspielen des Bremer Stadttheaters haben zu dieser Vorstellung keine Gültigkeit.
Auswärtige können den Zug nach Jever 10.58 Uhr bequem erreichen.

ERNST BORSUM.



Zur Stärkung und Kräftigung blutarter, schwächerer Personen, besonders Kinder, empfehle jetzt wieder eine Kur mit meinem beliebten

Lahusen's Lebertran

Der beste, wirksamste und beliebteste Lebertran. An Geschmack hochfein und milde und von gross u. klein ohne Widerwillen genommen und leicht vertragen. Preis Mk. 2.30 und 4.60. Man achte beim Einkauf auf die Firma des Fabrikanten

Apotheker Wilh. Lahusen in Bremen.

Immer frisch u. echt zu haben nur in den Apotheken in Bant, Wilhelmshaven, Neustadtgödens und Fedderwarden.

Eingemachte Kronsbeeren ff.

1 Pfund 55 Pf., bei ganzen Dosen à 10 Pf. u. 25 Pf. billiger.

G. H. Cassens, Schaar u. Bant, Peterstr. 42.

Billet-Blocks

mit Aufschrift „Einlaßkarte“

nummeriert von 1 bis 500 . . . Preis pro Block 60 Pf.

mit Aufschrift „Garderobe“

doppelt nummeriert von 1 bis 500, Preis pro Block 75 Pf.

Mit Firmen-Eindruck erhöht sich der Preis eines Blocks um 15 Pf. — Bestellungen nehmen entgegen

Paul Hug & Co., Bant.

Das elektrische Licht

Ist die bequemste, reinlichste, feuergefährteste und in gesundheitlicher Hinsicht einwandfreieste Beleuchtung. — Bei Besiggen elektrischer Lichtanlagen erkundige man sich über die **Billigkeit** der elektrischen Beleuchtung gegenüber jeder anderen Beleuchtungsart.

:: Der Elektro-Motor ::

Ist jedem anderen Motor vorzuziehen wegen seiner steten Betriebsbereitschaft, derselbe verlangt nur sehr wenig Wartung und kann von jedem Laien bedient werden. — In der Anschaffung ist der Elektro-Motor weitaus der billigste und im Betrieb außerordentlich vorteilhaft gegenüber jedem anderen Motor.

Beleuchtungs-Körper

elektrische Bogenleuchten, elektrische Kochlampen und sparlos brennende Metallhalogenlampen werden bei uns am Lager gehalten.

:: Installationen ::

werden in sauberster Ausführung mit nur bestem Material zu angemessenen Preisen ausgeführt. Rostenanschlüsse und jede Auskunft kostenlos und unverbindlich in unfr. Bureau, Bant, Oldesloperstr. 3.

Elektrizitätswerk d. Gemeinde Bant und der Stadt Heppens.

Leer Mühlenstr. 16

2 Min. v. Bant.
Zigarren-, Zigaretten- u. Tabak-Geschäft von **Rudolf Heyer**



Täglich frisch eintreffend:
Gr. u. kl. Schellfische, Schollen, Auerhähne, gr. u. kl. grüne Heringe, leb. Schleie, Karpfen und Kalle.
Nordseefischhalle, Gebäudes Börsen- und Warenstraße.

Molton

170 cm breit, per Meter 4.50 Mk.

anerkannt vorzügliche Qualität!!

Martha Kappelhoff

Ecke Deich- u. Rooststr.

Mehrere Eierfisten

wegen Platzmangel billig zu verkaufen.

Bertenthal

Wilhelmshaven, Straße 13.

1 gut erh. Nähmaschine

Soltem Feister u. Rohmann, umständehalber sehr billig zu verkaufen.
Bant, Theilenstr. 13, pt. rechts.

Zu verkaufen.

Eckhaus

(preisliches Gebiet), günstige Lage, umständehalber sehr billig zu verk.

B. F. Bührmann.

Einfamilienhaus

in der Nähe von Marienfelde gelegen, zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt die Expedition d. Bl.



Alle Arten Fische, Schellfische, gr. und kl. Auerhähne, gr. u. kl. grüne Heringe.
Fr. Gräbort, Werftstraße 17.

Arbeiter!

Abonniert das Nordd. Volksblatt!

Bildungs-Ausschuss Rüstringen-Wilhelmshaven.

Am Sonnabend den 21. Januar 1911
im Saale des „TIVOLI“ in Heppens:

Konzert und Rezitations-Abend

unter Mitwirkung des Männer- und Frauenchors
des Gesangsvereins „Frohinn“
Rezitator: Herr Erdmann Dietel-Schönfels-Chemnitz.

PROGRAMM.

- I. TEIL: —
- Musik:**
 - Marsch a. d. O. „Der Rindele“
 - Bauer“ L. Fall
 - Quvert. a. d. Op. „Norma“ Bellini
 - Walzer a. d. Op. „Graf von Luxemburg“ L. Fall
 - Frauenchor:**
Laßt uns den Schwur erneuen.
 - Rezitationen:**
 - D. kleine Versetzerin Proschko
 - Mutterliebe Hofmann
 - Sulamith . . . v. Schinabel-Gesell
 - Musik:**
Liederphantasie, Solo für Flöte, Herr Bettzüge Seele
 - Männerchor:**
 - Hinatus
 - Das blonde Kind am Rhein.
 - Rezitationen:**
 - Die Toten a. d. Lebenden Freilgrath
 - Fragen aus der Nordsee Heine
 - „Das neue Ministerium“ aus engl. Fragmenten Heine
 - Musik:**
Hobo-moco, ind. Romanze Claire
 - Musik:**
Szene a. d. „Flieg. Holl.“ Wagner
 - Frauen- und Männerchor:**
 - Zwei Röslein sind in Waldesnacht
 - Der Lenz, und ich und Du
 - Rezitationen:**
 - Der Hofpost bei der Geburt eines Prinzen Glasbrenner
 - Der Dieb
 - Die grösste Lüge
 - Musik:**
Alpennix, Solo für Trompete und Klarinette, Herren Nebig und Gröb Neibig
 - Frauenchor:**
 - O Taler weit, o Höhen
 - Die Kirschblat.
 - Rezitationen:**
 - Die böse Sieben . . . Knortz
 - Ein Scholoxamen . . . Menzel
 - Platz für den Geist der neuen Zeit . . . Frohne
 - Musik:**
Amoretten-Gavotte . . . Beck

Einlass 7 Uhr, Anfang 8 Uhr, Ende spätestens 11 1/2 Uhr
Rauchen ist nicht gestattet.

Karten nur 20 Pfennig sind überall an den bekannten Stellen zu haben. — Programme liegen aus.



Bandonion-Klub Rüstringen.

*** Einladung ***

zu dem am Freitag den 20. Januar im „Colosseum“
zu Bant stattfindenden

2. Stiftungsfest

bestehend in großem Konzert, Theater und Ball.

Anfang 8 Uhr abends.

Programme a 30 Pf. (an der Kasse 40 Pf.) sind zu haben
im Colosseum und bei allen Mitgliedern.

Um zahlreichen Besuch bittet

Das Festkomitee.

Visitenkarten fertigt an Paul Hug & Co.

Gewerkschafts-Kartell Emden.

Am Montag den 23. Januar 1911
im grossen Saale des Tivoli:

Rezitations-Abend

mit auserlesenem Programm.

Vortragender: Herr Rezitator Erdmann Dietel-Schönfels.

Anfang 8 1/2 Uhr. Programme liegen aus.

Eintrittskarten à 20 Pf. sind bei den Gewerkschafts-Funktionären, im Zigarrengeschäft Schmidt, Kleine Brückstrasse, beim Barbier Gleditsch, Grosse Strasse 5/6, und im Konsumvereins-Laden zu haben. An der Kasse 30 Pf.

Der Vorstand.

:: Freie Turnerschaft Rüstringen. ::

Am Donnerstag den 26. Januar 1911
in den festlich decorierten Räumen des Colosseums:

Grosse Turner-Preis-Maskerade.

Die zwei schönsten Herren- und Damen-Masken, sowie die
originelle Herren- u. Damen-Maske erhalten wertvolle Preise.

Die Preise sind von Sonntag den 22. d. M.
ab im Colosseum ausgestellt.

3 Musikkapellen!!

Sensationelle Schaumannern! Großartige Aufführungen!

Unter andern:

Eine tolle Fahrt durch den Simplon-Tunnel.

:: Die verheerte Treppe. ::

Auftreten der bedeutendsten Ringer der Gegenwart.
Schubplattfertänze, ausgeführt von den Schlierachtlern.



Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr, Anfang 8 Uhr, Demaskierung 12 Uhr.

Entree: Im Vorverkauf Herrenkarte 1.00 Mk., Damenkarte 75 Pf.

An der Kasse Herrenkarte 1.25 Mk., Damenkarte 1.00 Mk., Zuschauer 50 Pf. Mehrere Damen
gegen Nachzahlung von 30 Pf. am Ball teilnehmen. — Karten sind im Colosseum, durch fami-
liäre Mitglieder und an allen durch Plakate kenntlich gemachten Stellen zu haben.

Zu diesem Feste ladet freundlichst ein

Das Festkomitee.

Maskengarderobe ist im Saale erhältlich.

Metropol-Theater in Varel.

Der jetzige neue Schlager, von Mittwoch den 18. bis Freitag den 20. Jan.:

Die schwarze Sklavin: Drama einer Favoritin.

Original-Aufnahme aus den Tropen.

Zußerdem das reichhaltige Wochen-Programm. — Um regen Besuch wird gebeten.

Theater im Odeon

Gastspiel des Wilhelmtheaters.

Mittwoch den 18. Januar, abends 8.30 Uhr

Populärster Operettenschlager!

Der fidele Bauer.

Vorverkauf bei Herrn Buchbinder Eden, im Odeon und
in der Zigarrenhandlung Junge.

Für die organisierte Arbeiterschaft sind Billets zu
bedeutend ermäßigten Preisen (Saalplatz 50 Pf., Gallerie
30 Pf.) in der Expedition des Volksblattes zu haben.

:: Donndelicher Hof. ::

Mittwoch den 18. Januar cr.:

Große öffentliche Tanzmusik.

Eintritt frei. — Anfang 8 Uhr abends.

Hierzu ladet freundlichst ein

H. Woldmann.

Wilhelmtheater.

Dienstag den 17. Januar, abends 8.15 Uhr

zum zweiten Male

mit grossem, verstärktem Orchester

Ein Sommernachts Traum.

Musik von Mendelssohn-Bartholdy.

Schüler auf allen Plätzen die Hälfte.



Täglich 8 Uhr abends:

Das kolossale

Schlagerprogramm

U. a.:

Wolff-Scheele

mit gänzlich

neuem Repertoire!

Grosser Lacherfolg!

Das Reiselieber

unter Mitwirkung

des gesamten Personals.

Bierhalle

à la Aschinger

im Anbau des

Hotels „Deutsches Haus“

Grosse Auswahl in Schnittchen.

Zum Ausschank gelangen

vier erstklassige Biere. ::